



1. Eröffnung der Stadtratssitzung durch den Stadtratspräsidenten für das Jahr 2023, Michael Schenk (SVP)

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Werte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, werte anwesende Gäste und Vertreter der Medien, ich heisse Sie zur ersten Sitzung im 2023 herzlich willkommen. Speziell begrüßen möchte ich heute Abend die beiden neuen Mitglieder unter uns. Dabei handelt es sich bei der FDP um Ruth Jörg als Nachfolge von Beatrice Lüthi. Herzlich willkommen und viel Vergnügen bei diesem Amt. Ebenfalls begrüße ich für die GL Agnes Imhof als Nachfolge von Franziska Gerber-Möri und heisse sie ebenso herzlich willkommen und wünsche viel Vergnügen in diesem Amt in diesem Jahr und dann hoffentlich auch noch länger.

Nun bitte ich die Sekretärin Simone Burkhard Schneider um den Appell:

- 39 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.
 - 1 Mitglied des Stadtrates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, so stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die Akten sind auch auf der Webseite der Stadt Langenthal einsehbar. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Das scheint nicht der Fall zu sein und wir gehen zu Traktandum Nr. 1 über. Dabei handelt es sich um meine Antrittsrede. Ich werde diese auf Hochdeutsch vorlesen, weil es mir so einfacher geht, ansonsten ich mich wohl in den von mir ausgedachten Sachen verlaufe.

Werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Anwesende, mit dieser Begrüssung leistete ich meinen persönlichen Gender-Beitrag als Stadtratspräsident 2023. Ich werde in Zukunft bei meinen Ausführungen so sprechen, wie ich das gewohnt bin, möchte aber darauf hinweisen, dass ich immer alle Menschen hier in diesem Saal und in unserer Stadt miteinschliesse, egal welchem Geschlecht, Herkunft, Gesinnung und Ausrichtung diese sind. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

In den letzten Wochen und Monaten machte ich mir einige Gedanken zur Antrittsrede. Dabei ging mir Vieles durch den Kopf, was mir Mühe bereitet. Es sind Ereignisse und Entwicklungen in unserer Stadt und in unserem Land, aber auch auf der übrigen Welt, die stattfanden und weiterhin stattfinden und unser Leben grundlegend verändern. All dies vollzog in unserer Gesellschaft einen Wandel und Vieles ist nicht mehr so, wie es einmal war. Die Individualität nahm weiter zu, ebenso die Unverbindlichkeit, mit der viele Menschen unterwegs sind. Dazu kommen weitere unvorhergesehene Krisen. Es sind herausfordernde Zeiten für uns alle. Man könnte meinen, dass wir Menschen unter solchen Voraussetzungen näher zusammenrücken, ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln und starke Gemeinschaften bilden würden. Und dass wir dabei mehr und besser zusammenarbeiten und uns gegenseitig mehr unterstützen würden. Leider war dies bislang nicht der Fall. Wir sind immer weniger bereit aufeinander zuzugehen, gemeinsam etwas zu entwickeln und zu realisieren, miteinander anzupacken und am gleichen Strick zu ziehen.

Eine fruchtbare Zusammenarbeit beruht auf gegenseitigem Vertrauen, auch hier im Parlament. Ein Vertrauen, das wir einander entgegenbringen, das heisst der Stadtrat dem Gemeinderat und umgekehrt. Dabei sind wir auch auf das Vertrauen der Bevölkerung angewiesen, die davon ausgehen darf, dass wir diese Stadt im Interesse aller Bürger führen, entwickeln und verwalten. Wir alle tragen dafür eine gewisse Verantwortung, die wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen. Sobald wir jedoch spüren, dass dieses Vertrauen je länger, desto mehr schwindet und in Misstrauen übergeht, sind wir an einem Punkt angelangt, an dem eine Kurskorrektur unvermeidlich wird. Wo sind wir? Vertrauen hat viel mit Kommunikation zu tun. Unser Handeln und unser Vorgehen muss für alle interessierten Bürger nachvollziehbar sein. Sie müssen verstehen, weshalb wir uns so entschieden haben. Diese Haltung hat mit der viel zitierten Transparenz zu tun. Es liegt an uns, offen und transparent mit den Medien, der Bevölkerung und allen Interessierten umzugehen und mit ihnen laufend in Kontakt zu sein. Dieses Vorgehen schafft Vertrauen.

Parlamentsarbeit hat aber auch viel mit Überzeugung zu tun. Leider stelle ich aber fest, dass wir oft bestehende



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

Probleme bewirtschaften, statt mit Überzeugung nach Lösungen zu suchen und unsere Energie auch dafür einsetzen. Überzeugung wiederum hat mit Begeisterung und Leidenschaft zu tun, wie man eine Aufgabe anpackt und erledigt. Es ist ein inneres Feuer, das entsteht und nach aussen strahlt und sichtbar macht, für was wir uns leidenschaftlich einsetzen und engagieren. Leider führt der Wandel in unserer Gesellschaft dazu, dass in breiten Bevölkerungskreisen dieses Feuer erloschen und nicht mehr sicht- und spürbar ist. Vieles, das an uns herangetragen wird, versuchen wir zu delegieren oder ihm auszuweichen. Ein Mitwirken im eigentlichen Sinne findet kaum noch statt. Wenn überhaupt sind es allerhöchstens kritische Anmerkungen zu einem Vorhaben oder Projekt.

Ich bin Unternehmer. Und ein Unternehmer wie auch Vereine und Bürger brauchen Perspektiven für ihr Handeln. Ich bin überzeugt, dass wir alle hier im Saal oft die gleiche Sicht auf unsere Stadt und unsere Probleme haben und wir alle das Beste für Langenthal wollen. Und trotzdem finden wir oft keinen gemeinsamen Weg, der zu einem fruchtbaren und für alle erfreulichen Ergebnis führt, weil uns Ideologien, Eitelkeiten, eine gewisse Sturheit und eine festgefahrene Denkweise im Weg stehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns wieder vermehrt vertrauen, denn wer vertraut, kann auch Verantwortung übertragen. Der ist auch bereit einen Schritt zurückzuweichen, weil er darauf vertraut, dass auf der anderen Seite jemand steht, der mit seinem Wissen, seiner Erfahrung und seinem Können genauso ein wichtiger Teil zu einer befriedigenden Lösungsfindung beitragen kann. Alle hier Anwesenden verfügen über verschiedene Qualitäten, Erfahrungen und Wissen. Vertrauen und arbeiten wir doch wieder vermehrt miteinander und entwickeln zusammen tragbare Lösungen zum Wohle unserer Stadt. «Zäme für Langethau» lautet mein Motto als Stadtpräsident für das Jahr 2023. Gemeinsam wollen wir uns verantwortungs- und vertrauensvoll, aber auch leidenschaftlich und mit Begeisterung für unsere Stadt einsetzen. Danke.

Anschliessend an die heutige Sitzung offeriere ich unten im Parterre ein Apéro und dabei werden wir symbolisch ein bisschen versuchen das zu machen, was ich zuletzt erwähnte. Sie finden bei sich auf dem Tisch ein Pflänzchen. Was es mit diesem Pflänzchen auf sich hat, sage ich Ihnen dann am Schluss der Sitzung, um die Spannung noch etwas hoch zu halten. Aber es soll mir dann niemand davonrennen, weil Sie alle zuerst noch etwas arbeiten müssen. Gut, dies ist der Schluss von Traktandum Nr. 1.

(Applaus)



2. **Protokoll der Stadtratssitzung vom 28. November 2022: Kenntnisnahme**

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Traktandum Nr. 2 betrifft die Kenntnisnahme des Protokolls der Stadtratssitzung vom 28. November 2022. Das Protokoll war auf der Webseite einsehbar. Hat jemand Bemerkungen zum Protokoll? Das scheint nicht der Fall zu sein, sodass wir direkt mit Traktandum Nr. 3 fortfahren.



3. Motion Lerch Martin (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (GLP), Sigrist Michael (EVP), Clavadetscher Diego (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Kummer Robert (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Fluri Patrick (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 21. Februar 2022: Ausgabenreduktion beim Aufwand für "externe Experten" in den Jahren 2023-2026: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier geht es um die Motion von Martin Lerch und Mitunterzeichnende zur Ausgabenreduktion beim Aufwand für "externe Experten" in den Jahren 2023-2026 mit dem Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Wird das Eintreten bestritten? Nein, so ist es stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen somit zur Beratung. Eine Berichterstattung vom Gemeinderat gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Von der GPK gibt es ebenso wenig eine Berichterstattung. Nun hätte der Motionär noch die Möglichkeit Stellung zu nehmen.

Sprecher der Motion, Martin Lerch (SVP): Sie kennen das Thema, es gab dazu ja bereits eine Interpellation und eine Motion, die wir im vergangenen Mai überwiesen. Dabei geht es bekanntlich um das Ziel, die Ausgaben basierend auf den Vorjahren 2021 und 2022 in den nächsten vier Jahren um ein Viertel zu senken. Sehr erfreulich ist, dass dies der Gemeinderat in seinem Budgetentwurf und auch in die Finanzplanung mit einfließen liess. Dabei ist besonders erfreulich, dass er eben nicht nur diese 25% einsetzte, sondern gar 41%. Und das macht bei einer Hochrechnung auf Basis der früheren Zahlen fast Fr. 270'000.00 pro Jahr aus, die dabei x4 eingespart werden können. Das ist somit ein schöner Betrag, insbesondere, wenn ich daran denke, dass wir hier auch schon um deutlich kleinere Beträge rangen, was doch sehr positiv ist. Das Finanzamt begründete in seinem Bericht, wieso diese Frist zu verlängern ist. Es ist klar, dass dies auch mit den Zuständigkeiten zusammenhängt, liegt das Budget doch bei uns im Stadtrat und der Finanzplan beim Gemeinderat. Dazwischen werden wir Wahlen haben, sodass nicht 100%ig gewährleistet ist, dass es dann auch entsprechend umgesetzt wird. Deshalb soll erst dann darüber berichtet werden, wenn es erledigt werden konnte. Das heisst konkret, dass wir hier im Saal, zumindest die, die dann hier im 2025 dabei sind, über das Budget 2026 zu befinden haben.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um hier nochmals dem Gemeinderat bestens zu danken. Er ging über das Ziel der Motionäre hinaus, was ich soeben ausführen konnte. Und ich glaube, dass dies auch eine Art Richtschnur sein könnte, um ganz im Sinne unseres neuen Stadtratspräsidenten, für unsere zukünftige Zusammenarbeit vielleicht ein bisschen weniger konfrontativ und vielleicht ein wenig mehr lösungsorientiert vorzugehen. Ich würde es auch ganz in Anlehnung an den Stadtratspräsidenten so ausdrücken: «Gemeinsam für unser schönes lebenswertes Langenthal». Ich empfehle Ihnen als Motionär und auch im Namen der SVP-Fraktion dieser Fristverlängerung zuzustimmen. Besten Dank.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Nun haben die Fraktionssprecher das Wort. Wer möchte sich dazu äussern? Das wird scheinbar nicht gewünscht. Gibt es Einzelsprecher? Das trifft ebenso wenig zu. Möchte der Gemeinderat etwas dazu sagen? Nein. Somit ist die Beratung geschlossen. Wünscht der Motionär nochmals das Wort? Ich nehme das allerdings nicht an. So gehen wir direkt zur Abstimmung über. Wer diesen Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung bis zum 31. Oktober 2025 zur Umsetzung der Motion gemäss Ziffer 1 genehmigen und gemäss Ziffer 2 dem weiteren Vollzug durch den Gemeinderat zustimmen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**
 1. **Die Fristverlängerung bis 31. Oktober 2025 für die Umsetzung der Motion Lerch Martin (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (GLP), Sigrist Michael (EVP), Clavadetscher Diego (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Kummer Robert (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Fluri Patrick (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 21. Februar 2022: Ausgabenreduktion beim Aufwand für «externe Experten» in den Jahren 2023-2026 wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4. **Interpellation Cap Georg, Lehmann Päivi, Nadesalingam Niluja, Sigrist Michael und Mitunterzeichnende vom 31. Oktober 2022: Vermehrtes Auftreten rechtsextremer Symbole und Gruppen in Langenthal. Was ist die Stadt bereit dagegen zu unternehmen?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Unter Traktandum Nr. 4 kommen wir zur Interpellation von Georg Cap und Mitunterzeichnende und deren Beantwortung und Antrag auf Abschreibung zum Thema: «Vermehrtes Auftreten rechtsextremer Symbole und Gruppen in Langenthal. Was ist die Stadt bereit dagegen zu unternehmen»? Das Eintreten dazu ist zwingend und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da diese bereits schriftlich erfolgte. Auch die GPK liess sich dazu nicht vernehmen. Der Interpellant hat nun noch die Gelegenheit eine kurze Stellungnahme abzugeben. Er kann dabei auch erklären, ob er mit der erhaltenen Antwort zufrieden ist oder nicht.

Sprecher der Interpellation, Georg Cap (GL): Im Namen der Interpellant:innen danke ich dem Gemeinderat für die Beantwortung. Es ist durchaus positiv zu hören, dass sich die Stadt in dieser Frage entsprechend positioniert und sich dafür ausspricht, dass die Stadt in Zukunft im Fall der Zunahme solcher Vorfälle wie Vandalismus oder anderer Vorkommnisse vor allem im Zusammenhang mit gefährlich politischem Extremismus bereit ist, rechtzeitig etwas dagegen zu unternehmen, damit man nicht in Zustände hineinrutscht, wie dies in der Vergangenheit in den 2000er-Jahren geschah. Es kommt sehr oft vor, dass viele solcher Vorkommnisse, wie sie in der Interpellation genannt werden, sprich Schmierereien, Plakatierungen, Kleber von beispielsweise rechtsextremen Gruppierungen, häufig nicht zur Anzeige kommen und damit auch nicht statistisch erfasst werden, weil keine grösseren Schäden dadurch entstanden und das besagte Material häufig sehr schnell von Bürgerinnen und Bürgern entfernt wird. Das heisst aber nicht, dass es nicht passiert oder nicht auch gehäuft auftreten kann, so wie man dies meiner Meinung und der Meinung einiger Langenthaler:innen im vergangenen Herbst beobachten konnte. Es braucht dazu nicht immer eine statistische Beweislage oder Beweislast solcher Vorkommnisse, treten sie doch manchmal auf, auch wenn sie statistisch nicht erfasst wurden. Daher gilt es auch ohne eindeutige Beweislage ein wachsames Auge auf solche Vorkommnisse und Entwicklungen zu haben. In diesem Zusammenhang ist es unter anderem beispielsweise auch sehr schlecht, dass sich die Mehrheit im Stadtrat vor Kurzem für eine Streichung der Beiträge zur Wiedereinführung von SIP¹ aussprach und damit die SIP vorübergehend wegsparte. Denn genau dieses Angebot von Jugendarbeit würde unter anderem mithelfen, Vandalismus und gefährliche Radikalisierungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Da sich der Gemeinderat in seiner Antwort auch dafür ausspricht, zusammen mit Schulen und der Jugendarbeit mittels Präventionsmassnahmen solchen negativen Vorfällen vorzubeugen, ist es doch auch zu hoffen, dass man die Wiedereinführung der SIP nicht bis zum St. Nimmerleinstag vor sich her spart, sondern sich trotz der in Zukunft angespannten Finanzlage dafür entscheidet, in näherer, sinnvoller Zukunft das Programm für Jugendarbeit doch wieder einzuführen. Dies finde ich eine gute Massnahme, womit genau solche Vorfälle, wie sie in der Interpellation behandelt werden, erkannt, bekämpft und verhindert werden könnten. In diesem Sinn danke ich dem Gemeinderat nochmals für seine Antwort und Ihnen für die Aufmerksamkeit. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gemäss der Geschäftsordnung finde eine Diskussion dazu nur dann statt, wenn der Rat eine solche beschliesst. Das ist aber anscheinend nicht der Fall. So gehen wir weiter und stimmen über die Abschreibung dieser Interpellation ab. Wer mit der Abschreibung dieser Interpellation einverstanden ist und das Sekretariat des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, bezeugt dies nun bitte mit der Stimmkarte. Gibt es ein Gegenmehr? Enthält sich jemand der Stimme?

¹ SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**
 1. **Die Interpellation Cap Georg, Lehmann Päivi, Nadesalingam Niluja, Sigrist Michael und Mitunterzeichnende vom 31. Oktober 2022:** Vermehrtes Auftreten rechtsextremer Symbole und Gruppen in Langenthal. Was ist die Stadt bereit dagegen zu unternehmen? **wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



5. Parlamentarische Fragestunde

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir gehen nun zu Traktandum Nr. 5 über und kommen zur parlamentarischen Fragestunde. Dazu übergebe ich das Wort an den Gemeinderat. Viel Vergnügen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Wir werden hier die Fragen beantworten, die uns eigereicht wurden. Beim ersten Thema geht es um das Präsidiale. Dazu ging eine Frage betreffend Wahl- und Abstimmungsreglement von Pascal Dietrich ein.

■ Fragen von **Stadtrat Pascal Dietrich (parteilos)** zum Thema: **Wahl- und Abstimmungsreglement:**

Am 15. Dezember 2019 hat das Langenthaler Stimmvolk das Wahl- und Abstimmungsreglement mit 85,8 % Ja-Stimmen angenommen. Über die dagegen eingereichte Beschwerde ist im Instanzenzug noch immer nicht rechtskräftig entschieden.

1. *Wie ist der Stand im Beschwerdeverfahren?*
2. *Bis wann muss spätestens ein rechtskräftiger Entscheid vorliegen, damit die Gemeindewahlen 2024 nach dem neuen Reglement durchgeführt werden können?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Das Beschwerdeverfahren ist nach abgeschlossenem Schriftwechsel immer noch beim Verwaltungsgericht hängig. Bei der letzten von mehreren Nachfragen im Herbst 2022 wollte oder konnte der zuständige Instruktionsrichter keine Prognose betreffend den Zeitpunkt dieses Urteils abgeben.
2. Nach der bisherigen Verwaltungspraxis in der Vorbereitung von Gesamterneuerungswahlen müssen spätestens im Herbst 2023 die für die Parteien massgeblichen Eckwerte durch den Gemeinderat festgelegt und kommuniziert werden können. Die Stadtkanzlei legte in Zusammenarbeit mit dem zentralen Rechtsdienst fest, dass dem Gemeinderat allfällige erste Weichenstellungen für die kommenden Gesamterneuerungswahlen im April 2023 zum Entscheid vorgelegt werden sollen; dies für den Fall, dass bis dahin kein rechtskräftiger Entscheid vorliegt.

Gibt es dazu sachbezogene Zusatzfragen? Nein. Das zweite Thema betrifft das Bau- und Planungswesen.

■ Frage von **Stadträtin Cornelia Gerber (SP)** zum Thema: **Spielplätze:**

Was ist der konkrete Stand der generationsübergreifenden Spielplätze?

■ Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

In seiner Antwort auf das Postulat Howald aus dem Jahr 2021 verwies der Gemeinderat auf das konkrete Projekt Spielplatz Tierpark und sicherte zu, dass dort generationenübergreifende Angebote gewährleistet werden. Solche sind im Bauprojekt, welches mittlerweile vorliegt, integriert. Weitere Spielplätze sind derzeit nicht in Planung.

■ Fragen von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Sanierung Spielplätze:**

1. *Besteht ein Fahrplan, bis wann alle Spielplätze saniert und erneuert sind?*
2. *Spielplatz Tierpark, wird die aktuell geschlossene Rutschbahn angepasst und sicherer gemacht?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Nein, aktuell besteht kein Terminplan, wann die gemäss Spielplatzkonzept noch hängigen Spielplatzsanierungen und -neugestaltungen realisiert werden. Primäres Ziel ist, die Neugestaltung des Spielplatzes Tierpark zeitnah umzusetzen.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

- Die im Jahr 2021 eröffnete neue Rutschbahn im Tierpark erfüllte die Sicherheitsanforderungen. Die Praxis zeigte jedoch, dass sie zu schnell war und dadurch als gefährlich wahrgenommen wurde. Nun sperrte man sie und es ist geplant, die aktuell gesperrte Rutschbahn anzupassen und im Frühjahr wieder zu eröffnen.

■ Frage von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Sanierung Kugelfang Tierpark:**

Wurde und wird das Sanierungsgesuch zur Sanierung Kugelfang nach der Änderung der kantonalen Gesetzgebung beim Kanton eingereicht? Ist das Startdatum der Sanierung bereits bekannt?

■ Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Es war bei uns unklar, auf welche Änderung der kantonalen Gesetzgebung der Fragesteller Bezug nimmt. Eine Kostenteilungsverfügung für die Sanierung der 300m-Schiessanlage Musterplatz wurde durch den Kanton bereits erstellt. Dabei wurde auch bereits die mögliche Umsetzung der ständerätlichen Motion von Ständerat Salzmann, welche einen Einfluss auf das Bundesgesetz über den Umweltschutz hat, berücksichtigt. Die entsprechenden Kontakte sind geknüpft. Das Startdatum der Sanierung ist noch nicht bekannt.

■ Frage von **Stadtrat André Rentsch (JL)** zum Thema: **Agglomerationsprogramm:**

Werden die beiden Vorlose «Temporegime» und «Gesamtbetrachtung Zentrum» der Bevölkerung oder Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt?

■ Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Der Gemeinderat beabsichtigte, die beiden Vorlose dem Stadtrat in seiner Sitzung vom November 2022 zur Genehmigung zu unterbreiten. Dies mit dem Ziel einer breiten politischen Abstützung des Entscheids des Gemeinderates. Die GPK wies das Geschäft aber vorberatend zurück, des wegen fehlender Zuständigkeit des Stadtrats. Der Gemeinderat wird in der heutigen Stadtratssitzung unter «Mitteilungen des Gemeinderates» über den Stand des Geschäfts informieren. Somit muss ich Sie dazu noch auf etwas später vertrösten.

Gemeinderat Michael Schär (FDP):

■ Fragen von **Stadtrat Martin Lerch (SVP)** zum Thema: **Winterdienst auf Quartierstrassen:**

Während vielen Jahren wurden auch Quartierstrassen, private und gewidmete, jeweils durch den Werkhof von Schnee und Eis befreit. Natürlich nicht in erster Priorität. Das ist seit einiger Zeit nicht mehr der Fall. Nachdem die «Weisung über Einreihung (...) Unterhalt und Benützung von Strassen» vom 25.3.1998 immer noch gilt, stellt sich die Frage, worauf sich die Praxisänderung stützt? Betroffen sind auch Quartierstrassen mit einer grösseren Zahl von Häusern und noch mehr Wohnungen. Deren Bewohnende müssen teilweise rund um die Uhr einsatzbereit sein. Dem Vernehmen nach soll die Praxisänderung den Betroffenen nie kommuniziert worden sein, was nicht gerade bürgerfreundlich wäre.

- Hat der Gemeinderat Kenntnis vom Sachverhalt, wurde die Praxisänderung von ihm angeordnet? Ist der Gemeinderat bereit, die frühere Praxis wiedereinzuführen?*
- Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht, dass angesichts steigender Steuern und Gebühren, nicht Dienstleistungen abgebaut werden sollten, zumal dies in diesem Bereich zu Unglücksfällen und volkswirtschaftlichen Schäden führen kann?*



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

3. *Ist der Gemeinderat bereit, Privatstrassen, die offensichtlich dem Gemeingebrauch dienen, entsprechend den gesetzlichen Grundlagen zu widmen? Falls nein, ist der Gemeinderat bereit, den Werkhof anzuhalten, für den betrieblichen Unterhalt solcher Strassen für den Winterdienst den Betroffenen gemäss Gebührenverordnung eine approximative (Jahres-Pauschal-) Offerte unterbreiten zu lassen?*

■ Antworten von **Gemeinderat Michael Schär (FDP)**:

1. Der Gemeinderat genehmigte am 29. Juni 2022 das neue Winterdienstkonzept des städtischen Werkhofes in Langenthal. In diesem Konzept ist festgehalten, welche Verkehrswege in der Zuständigkeit der Stadt stehen (vgl. Kapitel 2.2). Private Strassen ohne Wegdienstbarkeiten zugunsten der Öffentlichkeit, private Parkplätze und Hauszufahrten liegen in der Verantwortung der Eigentümerinnen und Eigentümer. Zudem ist im Konzept definiert, in welcher Priorität und mit welchem Mitteleinsatz die Schnee- und Glatteisbekämpfung durchgeführt wird (vgl. Kapitel 5.2).

Um den jährlich wiederkehrenden Winterdienst effizient und kostenbewusst durchführen zu können, ist eine klare Abgrenzung des Einsatzgebietes zielführend. Der grösste Teil der Quartierstrassen – alle öffentlichen Strassen und jene mit Wegdienstbarkeiten zugunsten der Öffentlichkeit, wird heute durch den städtischen Werkhof von Schnee und Eis befreit. Eine grössere Veränderung der Winterdienstpraxis ist daher nicht erkennbar.

2. Wie oben erwähnt, ist keine erwähnenswerte Praxisänderung erfolgt. Eine Betriebsbereitschaft für alle gemeindeeigenen und privaten Strassen (nur Dienstbarkeiten) rund um die Uhr kann mit den vorhandenen personellen und technischen Mitteln nicht gewährleistet werden. Auftrag der Stadt ist es, auch im Winter Strassen, Plätze und Wege etc. mit den geeigneten Mitteln möglichst gefahrlos begehbar und befahrbar zu halten.
3. Ja, der Gemeinderat ist grundsätzlich bereit, Strassen, die dem Gemeingebrauch dienen, aus dem Privateigentum zu übernehmen und danach der Öffentlichkeit zu widmen. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Übernahme des Eigentums an Strassen sind in Art. 12 und Art. 13 der Weisung über Einreihung, Unterhalt und Benützung von Strassen vom 25. März 1998 sowie in der kantonalen Gesetzgebung festgehalten.

■ Frage von **Stadträtin Verena Heubi (SP)** zum Thema: **Kunststoffabfallsammlung**:

Langenthal hat einen gut ausgebauten Werkhof. Was fehlt und ökonomisch sowie ökologisch sinnvoll umsetzbar ist, ist die Sammlung von gemischten Kunststoffabfällen. In mehreren Gemeinden rund um Langenthal kann man Haushaltkunststoffe mittels gebührenpflichtigen Säcken sammeln. Dieser wird dann fachgerecht weiterverwertet und recycelt. Für den Kanton Bern gibt es ein Angebot von InnoRecycling AG und AVAG Umwelt AG.

Wie sind die Bestrebungen der Stadt eine Sammellösung anzubieten?

■ Antwort von **Gemeinderat Michael Schär (FDP)**:

Bereits bei der Planung und beim Aufbau der angesprochenen Lösung des Kantons Bern hat sich Langenthal eingebracht. Aktuell laufen im Stadtbauamt die Abklärungen, ob in Langenthal eine Sammellösung angeboten werden kann. Da der verfügbare Platz bei der Sammelstelle im Werkhof ausgeschöpft ist, wird aktuell in Richtung Abholdienst analog zum regulären Kehricht, aber mit grösseren Zeitintervallen, hingearbeitet. Das entsprechende Vorgehen muss anschliessend noch von den zuständigen Gremien bewilligt werden.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

■ Fragen von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Schulwegsicherheit; Abfallentsorgungsrouten:**

1. *Ist es angedacht die Sicherheit auf Schulwegen periodisch zu überprüfen und wenn nötig Massnahmen zu ergreifen?*
2. *Kann die Route für die Entleerung der Sammelcontainer so angepasst werden, dass die Trottoirs während der Zeit, in welcher die Kinder zur Schule gehen, nicht blockiert werden?*



■ Antworten von **Gemeinderat Michael Schär (FDP)**:

Dem Gemeinderat ist eine hohe Schulwegsicherheit ein wichtiges Anliegen. So legt das Stadtbauamt zurzeit in einem Mobilitätskonzept strategische Leitsätze und Massnahmenpakete fest, die auf verschiedenen Handlungsebenen in und rund um die Schulzentren und Kindergärten kontinuierlich umgesetzt werden sollen. Dazu gehört auch die Kontrolle zur Einhaltung von bestehenden Gesetzen und Verordnungen. Zudem ist auch in der Revision des Verkehrsrichtplans die Überprüfung und Optimierung von Schwachstellen auf den Schulwegen vorgesehen.

Konkret ist der Werkhof bereit, mit dem betreffenden Camion-Unternehmen den Zeitpunkt der Entleerung dem Sicherheitsbedarf, insbesondere der Schulkinder, aber auch weiterer Fussgängerinnen und Fussgänger zu besprechen und anzupassen.

■ **Zusatzfrage von Sandro Baumgartner (SP):** In welchem Zeithorizont ist mit dieser Anpassung der Entsorgungsrouten zu rechnen; in einem, zwei oder drei Jahren?

■ **Antwort von Gemeinderat Michael Schär (FDP):** Ich kann da keinen genauen Zeithorizont nennen, aber das passiert noch dieses Jahr.



Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP):

- Frage von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Badi Langenthal:**

Wie bereitet sich die Stadt auf die neue Badesaison vor, um auch dort einen sicheren Rahmen gewährleisten zu können?

- Antwort von **Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP):**

Es ist nun so, dass die Sicherheit der Badegäste im und am Wasser durch das ausgebildete Team, das im und am Wasser arbeitet, gewährleistet wird. Alle diese Mitarbeitenden verfügen natürlich über ein gültiges Brevet der Schweizerischen Lebensretter-Gesellschaft. Das Badi-Team, inklusive Reinigungspersonal und Kassenmitarbeitende, absolvieren unmittelbar vor Saisonbeginn eine interne Notfall-Übung. Ebenso sind alle Leute in der Nothilfe ausgebildet. Für die Badi besteht ein Notfallkonzept. Bei kritischen Vorfällen kann das Personal jederzeit die Kantonspolizei anrufen. Wer sich von Ihnen hin und wieder in der Badi aufhält, fällt sicher auf, dass sporadisch immer Polizeipatrouillen unterwegs sind. Diese erscheinen unaufgefordert und vor allem auch an heissen Tagen, wenn es viele Leute hat, sind sie präsent. Seit dem letzten Jahr ziehen wir auch noch bei grossem Besuchsaufkommen, das heisst ab 2'000 Leuten, einen Sicherheitsdienst bei. Das bewährte sich sehr und wird in diesem Jahr fortgesetzt.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):

- Fragen von **Stadträtin Cornelia Gerber (SP)** zum Thema: **Öffentliche Sicherheit:**

1. *Wie wird der Bedarf von Streetworkern zukünftig abgedeckt? Vandalismus und bedrohliche Situationen häufen sich, auch an den Schulzentren. Wie wird die Polizei durch deeskalierende Angebote entlastet?*
2. *Wie bereitet sich die Stadt auf die neue Badesaison vor, um auch dort einen sicheren Rahmen gewährleisten zu können?*

- Antwort von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):**

Aktuell wird die präventive Präsenz der aufsuchenden Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei verstärkt und ergänzt. Es sind somit die aufsuchende Jugendarbeit einerseits und die Kantonspolizei andererseits, die sich diesem Thema annehmen. Die Kantonspolizei macht dies einerseits im Rahmen von Brennpunkten. Dabei geht es um Themenbereiche, die wir quartalsweise zusammen mit der Polizei festlegen. Da wir auch einen Ressourcen-Vertrag mit der Kantonspolizei unterhalten, dürfen wir dies so machen. Wir führen in jedem Quartal eine Sitzung durch, an der wir festlegen, in welchen drei Bereichen wir verstärkt Einfluss nehmen sollten oder möchten. Dies gestaltet sich dann auch je nach Jahreszeit etwas unterschiedlich. Es ist natürlich so, dass dies aktuell etwas mehr im Fokus steht, solange wir kein SIP haben, als dann vielleicht danach wieder. Andererseits rief die Kantonspolizei aber auch selber ein kantonsweites Programm zur Prävention gegen Jugendgewalt ins Leben. Dieses sieht vor, dass die Polizei die einschlägigen Orte, zum Beispiel eben die Schulareale, aktiv und präventiv besucht, dabei mit den Jugendlichen den Kontakt und vor allem auch das Gespräch sucht. Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Projekt werden sowohl von Seiten der Polizei wie der Jugendlichen als sehr positiv bewertet. Zudem findet halbjährlich ein runder Tisch statt, an dem sich alle Institutionen, die in Langenthal im Bereich Jugendarbeit, Betreuung von Süchtigen und Randständigen etc. tätig sind, treffen und die entsprechenden Themen diskutieren und die Schwerpunkte festlegen. Trotzdem ist das AföS¹ seit der Sistierung von SIP intensiv darum bemüht dieses wiedereinzuführen. Wir diskutierten dies ja vor rund zwei Jahren hier im Rat. Wir waren an und für sich bereit, hierzu eine Vorlage zu bringen. Dies fiel nun aber im Rahmen der Budgetdiskussion 2023 wieder aus den Traktanden. Aber Sie dürfen sicher

¹ AföS = Amt für öffentliche Sicherheit.



sein, dass wir es Ihnen im Laufe dieses Jahres wieder vorlegen werden, so dass wir es auf Frühling 2024 dann wiedereinführen können. Dies wäre zumindest meine Absicht.

■ Frage von **Stadtrat Linus Rothacher (SP)** zum Thema: **ESP Bahnhof Langenthal:**

Fussgängerstreifen Bussbahnhof:

Bedingt durch den Umbau des Bahnhofs wurde der Bussbahnhof an der Eisenbahnstrasse in Richtung Ammann-Gebäudekomplex verschoben. Um zur Unterführung Richtung Geleise zu gelangen, muss man nun somit die Eisenbahnstrasse überqueren. Der Fussgängerstreifen wurde im Rahmen der Verschiebung entfernt.

Ist ein neuer Fussgängerstreifen geplant oder ist eine andere Massnahme zur sicheren Überquerung der Eisenbahnstrasse angedacht?

■ Antwort von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):**

Wenn man einen Fussgängerstreifen macht, so begründet dieser ein Recht; namentlich das Recht, dass der Fussgänger, auch wenn er auf das Handy schaut und ohne auf die Strasse zu blicken die Strasse überquert und dabei Vortritt genießt. Auf der anderen Seite ist dann der Autofahrer, der ebenso auf das Handy schaut oder am Radio herumdreht, gleichzeitig über möglichst viel Zeit verfügen sollte, um zu sehen, ob solch ein Fussgänger in der Nähe ist. Was ich damit sagen möchte, ist, dass man Fussgängerstreifen nicht einfach dort platzieren kann, wo man das gerne möchte. Vielmehr gibt es gewisse Voraussetzungen, die in der Strassenverkehrsordnung festgelegt sind, die eben sicherstellen sollen, dass dieser Fussgängerstreifen dann nicht nur eine Sicherheit vorgaukelt, sondern tatsächlich auch eine Sicherheit darstellt. Technisch tönt dies in etwa so:

Der ursprüngliche Fussgängerstreifen musste entfernt werden, weil durch den Bau des Busbahnhofs Linienbusse, welche an den Halteplätzen A und im besonderen B, anhalten, die Sicht auf den Annäherungsbereich dieses Fussgängerstreifens verdeckt hätten. Dies hätte zur Folge gehabt, dass Zufussgehende am Fussgängerstreifen von vortrittsbelasteten Fahrzeuglenkenden nicht mehr rechtzeitig erkannt worden wären. Dadurch wäre die Sicherheit dieses Fussgängerstreifens in der Beziehung Busbahnhof Richtung Bahnperrens wesentlich beeinträchtigt worden. Fussgängerstreifen sind in erster Linie eine Vortrittsregelung, müssen aber auch sicher sein. Deshalb müssen Fussgängerstreifen allen relevanten, in einer entsprechenden VSS-Norm definierten Parametern, entsprechen. Gemäss dieser Norm muss der Annäherungsbereich – dies ist die Fläche am Strassenrand unmittelbar beim Fussgängerstreifen, für auf der Fahrbahn nahende Fahrzeuglenkende, in Abhängigkeit der jeweiligen Zufahrtsgeschwindigkeit, aus einer bestimmten Distanz einsehbar sein. Um diese Bedingung an der Stelle der Eisenbahnstrasse zu erfüllen, müsste ein neuer Fussgängerstreifen 40 Meter Richtung Bahnhof verschoben angebracht werden. Dort besteht aber keine Fusswegbeziehung, da seit der Inbetriebnahme des Busbahnhofs der Transfer zwischen Bahn und Bus und somit die Querung der Eisenbahnstrasse hauptsächlich bei der westlichen Unterführung stattfindet. Zudem wird dieser Bereich der Eisenbahnstrasse in absehbarer Zeit ebenfalls zur Baustelle und abgesperrt werden. Die Querung an der heutigen Stelle ohne Fussgängerstreifen, unter den dabei geltenden Bedingungen (kein Vortritt für Zufussgehende) ist deshalb die richtige Lösung. Insbesondere, da die Eisenbahnstrasse seit Baubeginn keinen Durchgangsverkehr mehr führt und nur noch von Zubringern befahren wird. Dieser Umstand hat zu einer Abnahme des Verkehrs und auch des Geschwindigkeitsniveaus geführt. Voilà.

■ Fragen von **Stadträtin Nadine Wasem (GL)** zum Thema: **Velo-Diebstähle:**

Noch nie habe ich so viel gehört, wie im letzten Jahr: «Mein Velo wurde gestohlen». Dies vor allem am Bahnhof und direkt beim Daheim.

- 1. Haben im Jahr 2022 die Velo-Diebstähle zugenommen?*
- 2. Wenn ja, sind Massnahmen geplant?*



■ Antwort von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):**

Wir zogen eine Statistik zu Rate und zwar über die Jahre 2018 bis 2022, die uns die Kantonspolizei zur Verfügung stellte und Auskunft gibt über die Anzahl Velo- und Mofa-Diebstahlsanzeigen. Im Jahr 2018 waren es 229, im Jahr 2019 206, im Jahr 2020 164, im Jahr 2021 220 und im letzten Jahr insgesamt 178 Anzeigen. Die Anzahl bewegte sich also immer zwischen 164 und 229 und mit 178 Anzeigen im Jahr 2022 tendenziell eigentlich an der unteren Limite der Bandbreite der letzten fünf Jahre. Im Jahr 2022 wurden also weniger Zweiraddiebstähle bei der Polizei gemeldet als im Vorjahr. Die Zahlen zeigen aber auch, dass über mehrere Jahre zwar einige Schwankungen bestehen, sich jedoch gegenüber dem Vorjahr aber keine Zunahme abzeichnet, sondern es handelt sich wie eben aufgezeigt um eine Schwankung, einmal sind es mehr, einmal weniger. Allerdings muss auch darauf hingewiesen werden, dass nicht alle Velodiebstähle zur Anzeige gebracht werden und diese Zahlen deshalb vielleicht auch nicht abschliessend sind. Wie gesagt, kann man nur über diejenigen Entwendungen eine Statistik führen, die schlussendlich auch gemeldet wurden. Die Polizei stellt auch fest, dass die Leute zunehmend nicht mehr über die notwendigen Daten ihrer Fahrzeuge verfügen, hatte man früher doch jeweils noch eine Nummer am Velo. Kannte man diese Nummer, wusste man auch die Rahmennummer. Dies Wissen vielleicht noch diejenigen, die mit grauen Haaren hier im Saal sitzen, die anderen wohl nicht mehr. Seit man keine Nummer mehr benötigt, fehlen manchmal auch die damit korrespondierenden Daten, sodass man gar keine konkrete Anzeige mehr einreichen kann. Insbesondere natürlich auch dann, wenn es um eher günstige oder ältere Velos und Mofas geht. Gestützt auf diese Zahlen, die ich Ihnen soeben präsentierte, sind keine weiteren Massnahmen geplant.

■ Fragen von **Stadtrat Linus Rothacher (SP)** zum Thema: **Teilrevision Polizeigesetz BE:**

Mit der Teilrevision des kantonalen Polizeigesetzes soll es der kantonalen Sicherheitsdirektion unter Umständen neu möglich sein, Videoüberwachung ohne Konsultation der kommunalen Behörden auf dem Gebiet einer Gemeinde anzuordnen. Die Gemeinden Biel und Bern haben sich im Rahmen der Vernehmlassung gegen diese Bestimmung ausgesprochen.

1. *Wie steht der Gemeinderat zu dieser Bestimmung?*
2. *Hat er sich im Rahmen der Vernehmlassung eingebracht?*

■ Antwort von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):**

Der Gemeinderat behandelte die Vorlage zur Teilrevision des Polizeigesetzes an seiner Sitzung vom 14. Dezember 2022. Er brachte dabei klar zum Ausdruck, dass eine Anordnung zur Videoüberwachung gegen den Willen der Gemeinden als Eingriff in den Autonomiebereich der Gemeinden betrachtet wird und nicht akzeptabel ist. Das gilt selbstverständlich auch für die im selben Reglement festgelegte Bedingung, dass eine Kostenübertragung an die Gemeinde bei einer solchen Anordnung stattfinden könnte. Und auch dies sahen wir als nicht akzeptabel an. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Gemeinden aufgrund der Vertrautheit mit den Örtlichkeiten besser entscheiden können, ob und wo eine Videoüberwachung sinnvoll und nötig ist. Er beantragte deshalb zu Händen der zuständigen kantonalen Direktion den fraglichen Art. 124a Abs. 2 und Abs. 3 zu streichen.

■ Frage von **Stadträtin Cornelia Gerber (SP)** zum Thema: **Feuerwerk:**

Massive Zunahme von sinnloser Knallerei. Zunehmend wird die Natur gefährdet, Kinder und Erwachsene sind beunruhigt und die Zunahme des Abfallberges ist in dieser Zeit enorm. Die Silvesterknallerei dauerte 2022/2023 mehrere Tage und scheinbar wurden Böller auch gezielt auf Leute gerichtet.

Es muss doch was geschehen? (Vergleich Liestal)



■ Antwort von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):**

Die Stadt Langenthal hat im aktuellen Ortspolizeireglement keine eigenen Regelungen zum Thema Feuerwerk und somit gelten die übergeordneten kantonalen Bestimmungen. Die sogenannten pyrotechnischen Gegenstände, wie Feuerwerk Amtsdeutsch genannt wird, werden in verschiedenen Kategorien eingeteilt, das heisst von F1 bis F4. Je nach Kategorie gelten für den Erwerb unterschiedliche Mindestalter oder sogar Bewilligungen. F1 bedeutet, dass man es im Alter ab 12 Jahren kaufen kann, F2 ab 16 Jahren, F3 ab 18 Jahren und F4 ist dann nur für den gewerblichen Gebrauch bestimmt und nicht im freien Handel erhältlich. Für die Kategorien F1 bis F3 ist auch keine Abbrennbewilligung erforderlich und es gilt hier die Eigenverantwortung. Dies sind die soweit heute geltenden Bestimmungen.

Im Entwurf zum neuen Ortspolizeireglement sind entsprechende kommunale Bestimmungen zum Thema Feuerwerk vorgesehen, wonach der Abbrand nur mehr am Nationalfeiertag und an Silvester erlaubt sein soll, wie dies in vielen Gemeinden bereits heute der Fall ist. Dieses Reglement wird im Verlaufe des Jahres, so hoffe ich jedenfalls, hier in den Rat zur Diskussion gestellt, damit es beraten werden kann. Dass an Silvester speziell viel Feuerwerk abgebrannt wurde, könnte mit dem wegen der Trockenheit im Sommer 2022 vielfach verhängten Feuerverbot im Kanton Bern in Zusammenhang stehen und es vielleicht auch noch Restposten gab, die ansonsten noch im August abgeschossen worden wären und dann eben an Silvester verbraucht wurden. Gleichzeitig stellen wir im AföS aber auch fest, dass in den letzten Jahren zumindest in Langenthal viele Anbieter den Handel mit Feuerwerk sogar einstellten und man es gar nicht mehr an vielen Orten kaufen kann. Das könnte auch damit im Zusammenhang stehen, dass es verschärfte Anforderungen bezüglich der Lagerung von pyrotechnischen Gegenständen für die Detailhändler gibt.

Das wäre die Antwort zu der Feuerwerksfrage, sodass ich meine Fragen zur öffentlichen Sicherheit erledigte und das Wort an Roberto Di Nino weitergebe.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP):

■ Fragen von **Stadtrat Martin Lerch (SVP)** zum Thema: **Immobilienstrategie der Stadt Langenthal: Wann erscheint sie?:**

Am 17. Mai 2021 hat der Unterzeichnende eine Interpellation eingereicht mit dem Titel: «Immobilienstrategie der Stadt Langenthal». In dieser Interpellation wurden der Stellenwert und die Wichtigkeit einer solchen Strategie dargelegt. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass mit einer zielgerichteten und konsequenten Umsetzung einer guten Strategie für die städtischen Liegenschaften viel Geld eingespart werden kann. Diese Interpellation wurde durch den Gemeinderat anlässlich der Stadtratssitzung vom 30. August 2021 beantwortet. In der Antwort wurde darauf hingewiesen, dass mit der Erarbeitung einer solchen Strategie ein Expertenbüro aus Zürich beauftragt worden ist. Es könne damit gerechnet werden, dass die Strategie noch bis Ende des Jahres 2021 öffentlich gemacht werde. Seither ist es in dieser Sache ruhig geblieben. Dem Interpellanten ist nicht bekannt, ob die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Strategie bis zum heutigen Datum veröffentlicht worden ist.

1. *Bis wann wird die Immobilienstrategie der Stadt Langenthal vorliegen?*
2. *Was sind die Gründe für die doch beträchtliche zeitliche Verzögerung? Wieso ist diese bisher dem Stadtrat nicht kommuniziert worden?*

■ Antworten von **Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP):**

1. Dazu kann ich sagen, dass ich eigentlich nichts Konkretes dazu sagen kann. Dies deshalb, da zum aktuellen Zeitpunkt noch Abklärungen im Gang sind und deshalb ist heute Abend dazu keine abschliessende Aussage möglich. Näher erläutern werde ich dies mit meiner Antwort zur zweiten Frage.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

2. Die zeitliche Verzögerung fand effektiv statt und ist damit begründet, dass wir die Zusammenarbeit mit dem externen Büro, dem wir diese Arbeit übertrugen, als nicht zielführend im Herbst 2021 abbrachen. Man arbeitete anschliessend im Finanzamt mit internen Ressourcen an diesem Projekt weiter. Man legte diesbezüglich den Fokus auf die Handlungsfelder, die man mit dem externen Büro definierte, beziehungsweise erarbeitete. In einem ersten Schritt ging es darum, den Schwerpunkt auf die Fragen zur Organisation und der Objektstrategie zu legen.

Dem Gemeinderat wurde gegen Ende des letzten Jahres ein Vorschlag zur Reorganisation der Liegenschaftsbewirtschaftung unterbreitet. Der Gemeinderat fasste diesbezüglich aber noch keinen Beschluss. Die Projektsteuerung wird den Fokus nun weiter auf die Themen der Organisations- und Objektstrategiefragen richten und im Verlauf des Jahres dem Gemeinderat erneut einen Vorschlag unterbreiten. Das ist nun auch der Grund, weshalb man den Stadtrat bislang nicht informierte; kurz und bündig, weil noch gar kein Strategiepapier vorliegt.

Gemeinderätin Martina Moser (SP):

- Fragen von **Stadträtin Fanny Zürn (GL)** zum Thema: **Psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche:**

Seit der Pandemie häufen sich die Berichte, dass sich die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stark verschlechtert hat.

1. *Ist sich der Gemeinderat dieser Situation bewusst?*
2. *Ist der Gemeinderat bereit, Massnahmen im Bereich Prävention und Sensibilisierung zu ergreifen?*

- Antworten von **Gemeinderätin Martina Moser (SP):**

Die Pandemie 2020 bis 2022 hinterliess auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen grosse Spuren. So wird in den Medien immer wieder auch über die Folgen im gesundheitlichen Bereich, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, berichtet. So etwa aktuell in Focus (SRF) vom 16. Januar 2023.

1. Dank der regelmässigen Berichterstattung in den Medien über die Folgen der Pandemie für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist dem Gemeinderat die besorgniserregende Entwicklung sehr bewusst. Der Gemeinderat ist froh darüber, dass in Langenthal mit der Kinder- und Jugendfachstelle ToKJO, dem Kinderbüro von ToKJO sowie mit der Schulsozialarbeit «schokito» für Kinder und Jugendliche niederschwellige Zugänge zu Fachpersonen bestehen.

Nach Rückfrage bei ToKJO ist gemäss ihren Beobachtungen aus der Praxis auffallend, dass sich tatsächlich vermehrt primär Jugendliche mit Zukunftsängsten beschäftigen. Die Krisen wie Corona, Ukraine Konflikt und Energiekrise oder Klimawandel, aber insbesondere auch der mediale Umgang mit all den Ereignissen weckt bei einzelnen Jugendlichen Ängste um die eigene Zukunft. Dies, aber auch anderes, führt mitunter auch vermehrt zu sozialem Rückzug und psychischen Erkrankungen. Die Beratungsintensität hat in den Angeboten von ToKJO mit Sicherheit zugenommen und das schulergänzende Angebot «schokito» wird ausgesprochen stark genutzt. Bei stationären Angeboten sind die Wartezeiten mitunter unverhältnismässig lang, was zu belastenden Situationen führen kann.

Seitens der Kinder- und Jugendfachstelle ToKJO wird weiterhin konsequent auf Beziehungsarbeit und Niederschwelligkeit der Angebote gesetzt, welche nach Corona mehrheitlich sehr gut besucht sind. Handlungsbedarf wird im Bereich der Sensibilisierung von Eltern gesehen, wie sie betroffene Jugendliche gewinnbringend begleiten können und in der Informationsarbeit, dass betroffene Jugendliche mit ihren Problemen nicht alleine sind. Die Situation wird von ToKJO seit der Pandemie mit Sorge beobachtet. Jugendliche sind vergleichsweise schnell bereit, beispielweise eine Lehre abzubrechen, und die Resilienz erscheint brüchiger. Insbesondere Zukunftsängste und Hoffnungslosigkeit stellen Jugendliche vor wachsende Herausforderungen. Die medialen Berichte bezüglich einer generellen



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

starken Verschlechterung der psychischer Gesundheit Jugendlicher, pauschalisiert dargestellt, stimmen aus Sicht von ToKJO für unsere Region jedoch nicht abschliessend und sollten differenzierter betrachtet werden.

2. Im Kanton Bern obliegt die Steuerung der Gesundheitspolitik dem Kanton. Da hier eine Vielzahl von Handelnden und Interessen vorliegt, verabschiedete der Regierungsrat im 2020 erstmals eine umfassende Gesundheitsstrategie. Diese findet sich auch auf der Homepage von [gsi.be](https://www.gsi.be) (Gesundheitsstrategie des Kantons Bern 2020-2030: <https://www.gsi.be.ch/de/start/themen/gesundheit/gesundheitspolitik/gesundheitsstrategie.html>). Im Rahmen dieser Strategie werden gegenwärtig Teilstrategien entwickelt, darunter auch eine zur Gesundheitsförderung und Prävention. Diese Arbeit geschieht unter Einbezug der wichtigsten Vertretungen der Verbände, der Bevölkerung und spezifischen Fachexpertinnen und -experten. Damit ist sichergestellt, dass auch die aktuellsten Entwicklungen wie die Zunahme der psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden. Zur Sicherung eines mittel- und langfristig konsolidierten Vorgehens wird sich der Gemeinderat in seinen Entscheiden an die Gesundheitsstrategie des Kantons halten.

Neben den Angeboten der medizinischen Grundversorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie hat hinsichtlich der präventiven Wirkung die Arbeit der Kinder- und Jugendfachstelle ToKJO eine zentrale Bedeutung. Die Stadt wird weiterhin die Zusammenarbeit mit dieser Fachstelle pflegen und dem aktuellen Bedarf entsprechend weiterentwickeln. Zudem besteht im Oberaargau mit dem Netzwerk Kind und Jugend Oberaargau (KJOA; <https://www.kjoa.ch/>) eine ausserordentlich hohe Vernetzungsdichte aller Handelnden in diesem Bereich. In diesem Netzwerk werden Vorgehensweisen, Zuständigkeiten und Hilfestellungen festgelegt und entwickelt, damit gut abgestimmte Unterstützungen für Kinder, Jugendliche und Familien optimal genutzt und eingesetzt werden können. Mit dem Einsatz von Mitarbeitenden unterstützt die Stadt dieses Netzwerk aktiv.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL):

- Frage von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Entlastung der Lehrpersonen:**

Reichen die im Budget eingestellten Stunden, um die geforderten Aufgaben, welche von der «Motion der FDP/jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der GLP/EVP-Fraktion vom 27. November 2017: Entlastung der Lehrpersonen» vollumfänglich zu bewältigen? Speziell mit dem neuen Schulzentrum Obersteckholz?

- Antwort von **Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL):**

Die «Entlastung der Lehrpersonen» startete mit dem Angebot von schokito, der Zusammenarbeit von Schoio und ToKJO, beide aus Langenthal, im Schuljahr 2021/22. Nach dem ersten Betriebsjahr wurde ersichtlich, dass die gesprochenen Stunden bis zum Ende des Schuljahres vollumfänglich ausgeschöpft worden sind, vor allem für Intervention in Klassen oder bei Beratungsgesprächen für einzelne Schülerinnen und Schüler, unter anderem auch im Schulhaus Obersteckholz.

Die Zielsetzungen der Schulsozialarbeit wurden zu einem grossen Teil erreicht beziehungsweise werden im jetzt laufenden Schuljahr beispielweise mittels Präventions- oder Projektarbeiten geplant. Die Schulsozialarbeit ist in allen Schulzentren vollumfänglich präsent und wirksam. Jedoch zeichnet sich ab, dass die eingesetzten Stunden im aktuellen Schuljahr 2022/23 nicht ausreichen. Nach dem zweiten Betriebsjahr wird es verlässliche Zahlen geben. Zudem ist eine Evaluation geplant, damit auf mögliche Veränderungen reagiert und Anpassungen vorgenommen werden können.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP):

- Fragen von **Stadtrat André Rentsch (jll)** zum Thema: **Eissport Langenthal:**

Der Gemeinderat orientiert im Dezember über das Projekt Zukunft Eissport 2.0.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

Zitat: «Die Stadt will den Eissport in Langenthal erhalten und fördern und entwickelt dafür die Eishalle in Schoren weiter. Das Projekt für eine neue Eishalle im Hard wird nicht weiterverfolgt».

Die Stadt engagiert sich verstärkt auch finanziell. Die Planungsarbeiten für eine neue, nationalligataugliche Eissporthalle im Hard werden angesichts der veränderten Ausgangslage nicht weitergeführt. Der Eissport in Langenthal soll am bestehenden Standort in Schoren gesichert und weiterentwickelt werden. Eine langfristige Lösung in Schoren wird umgehend an die Hand genommen. Es wird angestrebt, den Stimmberechtigten bis im Jahr 2025 eine abstimmungsreife Vorlage zur Weiterentwicklung der Eishalle in Schoren zu unterbreiten.

- 1. Wie sieht der grobe Terminplan für das Projekt Eissport 2.0 aus? Was sind die diesjährigen Projektziele und Meilensteine? Wer behandelt welche Handlungsfelder?*
- 2. Der Bedarf an Eisfläche ist in der Region sehr hoch. Damit auch genügend «Eis» der Schule und Bevölkerung zur Verfügung steht ist ein zweites Eisfeld unbestritten von Vorteil. Besteht die Möglichkeit eines zweiten Eisfeldes (im Minimum NHL Grösse 61m x 26m) am Standort Schoren zu realisieren?*

■ Antwort von **Gemeinderat Markus Gfeller (FDP)**:

1. Im Moment wird das Projektteam zusammengestellt. Es ist angedacht, das Projekt mit Hilfe externer Begleitung durch die Kunsteisbahn Langenthal AG unter Einbezug der verschiedenen Stakeholder wie beispielsweise die Stadt Langenthal, der Curling Club, die Burgergemeinde Schoren, der SCL, die Anwohner etc., im Verlauf der nächsten zwei Jahre zur Abstimmungsreife zu bringen. In einem ersten Schritt wird vom Gemeinderat eine Zustimmung zum favorisierten Vorgehen, der Zusammensetzung der Projektgruppe sowie der Freigabe des Projektierungskredites beantragt. Dies sollte im Verlauf des ersten Quartals 2023 erfolgen. Danach soll, basierend auf den bereits bestehenden Grundlagen aus dem Jahr 2017, das Projekt zur Ausführungs- und Abstimmungsreife gebracht werden. Inwieweit ein neues Projekt bei einem budgetlosen Zustand in Angriff genommen werden kann, wird in diesem Zusammenhang geklärt werden müssen. Das heisst, ob wir überhaupt damit beginnen können oder wir noch warten müssen, bis ein verabschiedetes Budget vorliegt.
2. Vorneweg mache ich den Hinweis, dass die Berücksichtigung des Breitensports für die Schulen und die Bevölkerung vertraglich zwischen der Stadt und der Kunsteisbahn Langenthal AG seit dem Jahr 2010 oder 2011 geregelt ist. Dabei wird die Kunsteisbahn AG verpflichtet, bestimmte Stunden pro Woche zugunsten des öffentlichen Eislaufs beispielsweise zur Verfügung zu stellen. Das war bislang so und dieser Vertrag wird auch weiterhin gültig sein, da dies dazumal die Basis der Volksabstimmung war. Der Breitensport wird selbstverständlich auch weiterhin möglich sein. Ich könnte mir vorstellen, dass der öffentliche Eissport in Zukunft sogar mehr als bis anhin möglich sein wird, war es doch bislang so, dass es auch tagsüber häufig Trainingseinheiten von Mannschaften gab. Ob dies dann in der kommenden Saison immer noch im selben Ausmass der Fall sein wird, wird sich zeigen. Aber tendenziell gehen wir davon aus, dass dies eher ein bisschen abnehmen wird. Dafür wird dann wohl der Bedarf am Abend und an den Randzeiten zunehmen.

Zum Thema des zweiten Eisfeldes ist zu sagen, dass in den Unterlagen aus dem 2017 ein zweites Eisfeld vorgesehen ist, wobei ich aber nicht sagen kann, in welcher Dimension es eingezeichnet ist. Offen bleibt auch die Frage der Finanzierbarkeit und ob es energietechnisch sinnvoll ist. Dies werden aber die Arbeiten der nächsten zwei Jahre entsprechend zeigen müssen. Wie gesagt, sind wir im Moment gerade daran, dieses Projektteam zusammenzustellen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP):

■ Fragen von **Stadtrat Pascal Dietrich (parteilos)** zum Thema: **Eissport:**

Das Langenthaler Stimmvolk hat in der kommunalen Abstimmung vom 15. März 2020 mit 75,3 % Ja-Stimmen den Gemeinderat – unter anderem – damit beauftragt, das Planungsverfahren für den Neubau



einer Eissporthalle im Hard voranzutreiben. Dazu hat es auch einen Rahmenkredit über insgesamt 2,05 Mio. Franken bewilligt. Mit Medienmitteilung vom 7. Dezember 2022 kommuniziert der Gemeinderat, das Projekt einer neuen Eishalle im Hard werde nicht weiterverfolgt.

- 1. Wie begründet der Gemeinderat seine Haltung, es liege in seiner Kompetenz, einen mit Volksbeschluss erteilten Planungsauftrag definitiv fallenzulassen?*
- 2. Dass nach dem bedauerlichen Rückzug des SC Langenthal aus dem Profisport vorläufig ein redimensioniertes, allenfalls später modular ausbaubares Projekt verfolgt werden muss, leuchtet ein. Ist der Gemeinderat bereit, nebst dem kommunizierten Sanierungsvorhaben in Schoren auch weiterhin einen Neubau im Hard als Variante zu prüfen, dies unter dem Aspekt, dass der Standort Hard gemäss Evaluation aus dem Jahr 2017 verkehrs-, sicherheits- und energietechnisch klar zu bevorzugen ist und somit zukunftsgerichteter wäre?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Zur Begründung der gemeinderätlichen Haltung und dem Beschluss und auch zur gestellten Frage wurde bereits im Rahmen der Mitteilungen des Gemeinderates vom 19. Dezember 2022 im Stadtrat ausführlich Stellung genommen, weshalb wir hier noch eine grobe Wiederholung wiedergeben. Für die umfassenden Ausführungen wird auf die Ausführungen, beziehungsweise bei Vorliegen auf das Protokoll zum damaligen Traktandum Nr. 9 verwiesen. Es trifft zu, dass die Stimmberechtigten am 15. März 2020 das Projekt «Zukunft Eissport Langenthal», bestehend aus den Teilprojekten «Neubau Eissporthalle Hard – Planungsverfahren», «Neubau Eissporthalle Hard – Finanzierungs- und Organisationsmodelle» sowie «Weiterbetrieb Eissporthalle Schoren – Infrastrukturaufwand» genehmigten. Zur Finanzierung des Projekts «Zukunft Eissport Langenthal» wurde wie erwähnt ein Rahmenkredit von 2,05 Mio. Franken bewilligt. Der Gemeinderat wurde ermächtigt, alle für die Umsetzung des Projekts notwendigen Objektkredite zu bewilligen. Gleichzeitig wurde er mit dem weiteren Vollzug beauftragt. Seither handelte der Gemeinderat im Rahmen dieses Vollzugsauftrags.

Während des laufenden Prozesses veränderten sich die Rahmenbedingungen, die namentlich auch dem Volksbeschluss zugrunde lagen, entscheidend. Wir berichteten damit auch nach dem Bericht der Arena Oberaargau, als wir bei Ihren Fraktionen eine Mitwirkung zu diesen Veränderungen durchführten. Diese Veränderungen stehen mit weiteren Faktoren in Verbindung, die sich in diesem Jahr 2022 sowohl für den Gemeinderat wie auch bei der SCL Langenthal AG als eigentliche Hauptnutzerin des geplanten Neubaudazu ergaben und zu einer umfassenden Situationsanalyse und letztere auch zu einer Strategieanpassung beim Club führte.

Der Gemeinderat fällt in seiner Verantwortung als oberste Vollzugsbehörde und in Kenntnis der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der SCL AG, der strukturellen Probleme der Swiss League, des wirtschaftlichen Umfelds, des Umdenkens in Energie- und Klimafragen sowie der grundsätzlichen Abkehr des ursprünglich andachten «Public Private Partnership»-Ansatzes einen Vernunftentscheid. Weder hätte er in seiner Verantwortung unbesehen aller Realitäten einen Vollzug vorantreiben können, noch hätte er mit dem bewilligten Kredit einfach etwas Anderes vorantreiben oder planen können, als den Stimmberechtigten vorgelegt wurde. Er legte dabei nämlich die Testplanung und die ÜO¹ ZPP vor. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen konnte man das Ganze bei aller Vernunft nicht mehr so umsetzen, wie es ursprünglich dem Volk vorgelegt wurde. Der Gemeinderat hat daher keinen Volksauftrag ignoriert. Im Gegenteil hat er diesen sehr ernst genommen. Er konnte einen weiteren Vollzug nicht mehr begründen und verhinderte damit auch Ausgaben, deren Nutzlosigkeit offensichtlich waren.

¹ ÜO ZPP = Überbauungsordnung für Zone mit Planungspflicht.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

2. Eine parallele Planung zweier Standorte oder mehrerer Varianten kostet Geld. Der Gemeinderat hat entschieden, die Planung im Hard abzubrechen. Anhand dieses Entscheids wird kurz- und mittelfristig eine Weiterentwicklung des Eissportes sicher nur am Standort Schoren weiterverfolgt.

- **Zusatzfrage von Pascal Dietrich (parteilos):** Wurde nie darüber nachgedacht, diesen Entscheid zur Standortwahl zumindest dem Stadtrat vorzulegen?

- **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Bislang nicht.

- **Weitere Zusatzfrage von Pascal Dietrich (parteilos):** Will sich der Gemeinderat dies nochmals überlegen?

- **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Wir nehmen diese Anregung einmal so mit, aber der Gemeinderat besprach dies so nicht. Hierzu wäre ein Sitzungsunterbruch erforderlich. Wir nehmen es einmal so entgegen, wobei sich dann wirklich die Frage stellt, ob man dies dann anhand des nächsten Projekts machen möchte oder auf welchen Grundlagen dieser Entscheid basieren würde? Aber das müsste man dann anschauen.

- **Fragen von Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP) zum Thema: Eissport:**

In einem langjährigen Verfahren entschied sich die Stadt für den Standort Hard für die Zukunft des Eissports in Langenthal. Dieser Standort wurde quasi als alternativlos verkauft. So wurde vom Volk auch sehr klar ein Kredit und ein Auftrag für die Planung einer Anlage im Hard erteilt.

In der gemeinsamen Medienmitteilung mit dem SCL hat der Gemeinderat dann erklärt künftig auf den Standort Schoren zu setzen.

1. *Wurde im Gemeinderat eine neue Standortevaluation durchgeführt?*
2. *Wurde ein Vergleich der beiden Standorte durchgeführt, z.B. anhand einer Kosten-Nutzenanalyse?*
3. *Was kosten die beiden Varianten?*
4. *Hat der Gemeinderat nicht das Gefühl, den Volksauftrag durch diesen Entscheid zu ignorieren, beziehungsweise. ist der erneute Standortentscheid überhaupt in der Kompetenz des Gemeinderates?*
5. *Sind die Bedenken, die gegen den Standort Schoren sprachen, durch die neue Ausgangslage (kein Profibetrieb) aus dem Weg geräumt (Waldabstand, Parkplätze usw.)?*
6. *Wäre es im Schoren möglich, auch dem Breitensport genügend Infrastruktur zu bieten, z.B. ein zweites Eisfeld?*
7. *Kann der Schoren energetisch so saniert werden, dass die Anlage einem Neubau entspricht? (z.B. Minergiestandard für Eissportanlagen)?*

- **Antworten von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Nein.
2. Nein. Das ist damit begründet, dass der Gemeinderat nach der Mitwirkung, als die SCL AG uns sagte, dass dieses Projekt in der Hard redimensioniert werden soll, im Juni 2022 ein neues Raumprogramm beschloss. Dies wurde dann im August 2022 der SCL AG für eine Stellungnahme und für eine Bestätigung zugestellt. Wir mahnten dies mehrfach an, da wir dies für das Erstellen einer Volumenstudie mit einer Kostenschätzung benötigten. Eine Bestätigung, dass dies richtig ist, traf auch nach zweieinhalb Monaten von der anderen Seite nicht bei uns ein. Wir verfolgten dies dann anschliessend nicht mehr weiter, weil dann in der Zwischenzeit intern der andere Entscheid gefällt wurde, die erste Mannschaft zurückzuziehen und dies letztlich auch bedeutete, dass keine Mannschaft auch kein



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

Stadion oder zumindest keinen Stadionneubau benötigt. Auf Seiten der KEB AG, die die Kunsteisbahn betreibt und besitzt, gibt es momentan noch kein Sanierungsprojekt für Schoren, sodass uns auch dort die aktuellen Kosten nicht oder noch nicht bekannt sind und ich gerne auf die Ausführungen, die der Vizestadtpräsident zuvor machte, verweise.

3. Wie erwähnt liegen genaue Kosten nicht oder noch nicht auf dem Tisch.
4. Ich verweise auf die Beantwortung der analogen ersten Frage von Stadtrat Pascal Dietrich. Was die Kompetenz des Gemeinderates anbetrifft, die auch schon ein bisschen von Pascal Dietrich angesprochen wurde, ist es so, dass der Gemeinderat diese Standortevaluation gemäss Bericht vom Januar 2018 in seiner Kompetenz beschloss. Das heisst, dass man dies das letzte Mal so akzeptierte, dass der Gemeinderat über den Standort bestimmte. Dies ist noch als Klärung der Vergangenheit zu bemerken.
5. Es ist wahrscheinlich, dass auf Grund der redimensionierten Anforderungen und unter Wahrung des Besitzstandsanspruchs der KEB AG eine Sanierung der heutigen Anlage möglich ist.
6. Wie bereits zuvor erwähnt ist auch heute Breitensport in der Kunsteisbahn Schoren möglich und auch vertraglich zugesichert. Welche Infrastrukturbedürfnisse möglich und finanzierbar sind, wird erst ein konkretes Projekt darlegen können, respektive müsste der Stadtrat bei der Finanzierung mithelfen.
7. Welche Infrastrukturbedürfnisse möglich und finanzierbar sind, wird erst ein konkretes Projekt darlegen können. Dazu bitte ich um das Verständnis, dass dies zurzeit noch nicht vorliegt. Merci vielmals.

■ **Zusatzfrage von Fabian Fankhauser (GLP):** Hätte es der Gemeinderat nicht für sinnvoll erachtet, zumindest eine Kostenschätzung einer Variante eines redimensionierten Umbaus und Sanierung der Eishalle im Schoren erstellen zu lassen?

■ **Antwort von Stadtpräsident Reto Müller (SP):** Ganz konkret ist zu sagen, dass der Gemeinderat dies machen wollte und dies dabei aber an die Unterschrift der SCL AG hinsichtlich dieses redimensionierten Raumprogramms knüpfen wollte, da diese Kostenschätzung doch immerhin mit Ausgaben von rund Fr. 30'000.00 verbunden ist. Die Unterschrift dazu bekamen wir allerdings nicht mehr. Und irgendeinmal mussten wir dann auch konstatieren, dass das Schlimmste, was uns passieren kann, der Umstand ist, dass wir plötzlich mit einem Neubauprojekt in der Hard dastehen, es aber keine Mannschaft mehr gibt, die dort spielen wird. Das eine ergab sich dann aus dem anderen. Irgendeinmal merkte man, dass es so nicht mehr vorwärtsgeht und wir auch auf unserer Seite eine andere Strategie zu wählen hatten. Sie können sicher sein, dass wir wirklich bis zuletzt versuchten miteinander einen Weg zu finden, der zu einem Befreiungsschlag der gesamten Situation hätte führen können. Auf der anderen Seite hätte dies bedeutet, dass für die Finanzierung zur weiteren Aufrechterhaltung des Sportbetriebs Finanzierung 12 bis 15 Mio. Franken hätten gesucht werden müssen, bis dann solch eine neue Arena überhaupt bezugsbereit ist. Die Finanzierung einer neuen Arena wäre dabei aber auch noch gesichert gewesen. Der Gemeinderat sagte ja einmal, dass man maximal 25 Mio. Franken eingeben will, was noch zu einem gewissen Delta geführt hätte. Es gab aber beidseits derart viele Fragezeichen, dass man dann eben miteinander den Beschluss fasste, dass eine andere Strategie zu wählen ist. Natürlich kann man heute sagen, dass es interessant gewesen wäre. Aber dazu muss ich sie für die Finanzierung 12 bis 15 Mio. Franken fragen, für was wir dann noch diese Fr. 30'000.00 hätten ausgeben sollen, wenn die Zukunft des Projekts bereits vorgezeichnet ist? Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): So gehe ich richtig in der Annahme, dass nun alle Fragen somit beantwortet wurden. Ich danke dem Gemeinderat für die sehr ausführliche und gute Beantwortung dieser doch sehr vielen Fragen. Aber ich glaube, dass es dem einen oder anderen doch zu mehr Klarheit verhalf. Merci vielmals.



6. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 6 und dabei ist erneut der Gemeinderat für die Mitteilungen des Gemeinderates gefordert. Hier übergebe ich das Wort nochmals an den Stadtpräsidenten Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es tut mir leid, dass Sie heute bereits relativ viel zuhören müssen und es geht halt eben noch ein bisschen weiter. Wir haben vier Mitteilungen des Gemeinderates und ich beginne vielleicht zuerst mit einer Beobachtung. Wir erlebten gestern das Nein zum Budget. Und es ist ein Zufall, zu dem wir uns auch nicht absprachen, doch alle Gemeinderatsmitglieder an diesen Tisch sitzen alle ohne Wasser hier und Sie nahmen sich fast alle eine Flasche Wasser. Der Gemeinderat ist sich vielleicht dessen bereits etwas bewusster, dass nur noch unumgängliche Ausgaben möglich sind. Nun stellt sich die Frage, ob dieses Wasser, das Sie hier trinken, unumgänglich ist oder es auf später hätte verschoben werden können? Diese Frage der Unumgänglichkeit wird nun sehr wichtig und ich entschuldige mich, war ich doch einmal Lehrer, weil einem dann solche Dinge auffallen. Aber ich halte mich nun an den Text.

Nun, wir haben kein Budget. Der gesetzliche Normalzustand ist ein beschlossenes Budget zu Beginn eines Rechnungsjahres. Wird das Budget nicht vor einem Jahresende beschlossen oder im ersten Umgang abgelehnt, was bei uns jetzt leider beides der Fall ist, so befindet sich die Gemeinde in einem budgetlosen Zustand. Die Gemeinde kann aufgrund des fehlenden Budgets grundsätzlich keine Ausgaben tätigen. Trotzdem muss der Verwaltungsbetrieb weitergeführt werden, wenn auch mit Einschränkungen.

Die verbindliche Vorgabe, was noch erlaubt ist, findet sich im kantonalen Recht in Art. 70 der Gemeindeverordnung: «Ohne rechtskräftiges Budget dürfen nur unumgängliche Verpflichtungen eingegangen werden». Unter unumgänglichen Verpflichtungen wird das Minimum dessen verstanden, was die Gemeinde für ihr Funktionieren gerade noch benötigt. Die Beurteilung, ob eine Ausgabe unumgänglich ist, obliegt dem Gemeinderat. Der Gemeinderat hat nach objektiven Kriterien und im Rahmen einer umfassenden Einzelfallprüfung für jede Ausgabe zu bestimmen, ob sie für die ordnungsgemässe Funktionsfähigkeit der Gemeinde notwendig ist. Unumgänglich sind folglich alle Ausgaben, die getätigt werden müssen, um den ordnungsgemässen Gang der Verwaltung aufrechterhalten zu können. Ausgaben, die ohne Schadenfolge oder wesentlichen Mehraufwand für die Stadt zu einem späteren Zeitpunkt getätigt werden können, sind zu verschieben, bis ein ordentliches Budget vorliegt. Somit muss, wenn der Verzicht auf eine Ausgabe möglich ist, ohne dass dadurch bestehende gesetzliche oder vertragliche Vereinbarungen verletzt werden, die Stadt ihr Dienstleistungsangebot einschränken. Falls es vertragliche Vereinbarungen gibt, wären allenfalls Verträge zu kündigen, sofern dies im Rahmen der Kurzfristigkeit möglich ist und im Nachgang nach dem Entstehen des rechtskräftigen Budgets 2023 kein unangemessener Mehraufwand bei der Neuverhandlung eines Vertrags entsteht.

Zur Methodik, wie wir dies bereits seit Anfang Jahr umsetzen, ist zu sagen, dass wir bereits eine erste Phase hatten, in der wir entsprechend vorgehen. Dabei sieht der Gesamtprozess vor, dass entstehende Ausgaben aus einer Bestellung und aus einer Auftragsvergabe an Dritte vorgängig zur Auftragsvergabe grundsätzlich immer durch den Gemeinderat freizugeben sind. Die Ämter und der Personaldienst, die zentralen Dienste und die Stadtkanzlei beurteilen hierzu jede anstehende Ausgabe nach dem Kriterium der Unumgänglichkeit. Das heisst, dass die Unterlagen und die Vorlagen vom Finanzamt zur Verfügung gestellt werden. Man trägt das auf Listen ein und es wird entsprechend begründet, weil die Unumgänglichkeit immer begründet werden muss. Die pro Amt und Dienst gesammelten Einschätzungen werden dem Finanzamt in der Folge zur weiteren Überprüfung für eine Einschätzung zugestellt und von diesem in einer Liste konsolidiert. Danach überprüft der zentrale Rechtsdienst ergänzend noch einmal die Unumgänglichkeit. Dem Gemeinderat wird anschliessend in jeder Gemeinderatssitzung die Liste zur Verabschiedung unterbreitet. Bei als unumgänglich eingestuften Ausgaben gelten danach die üblichen Kompetenzregelungen.

Genehmigte Investitionsvorhaben werden – wie beispielsweise der ESP Bahnhof, fortgeführt. Neue Investitionsvorhaben und die Vorarbeiten dazu werden vorerst gestoppt, bis wieder neue Verpflichtungen eingegangen werden dürfen; es sei denn, das Kriterium der Unumgänglichkeit ist erfüllt und der Gemeinderat beschliesst dies auch so. Der Gemeinderat beschloss dieses Verfahren bereits am 14. Dezember 2022 für die Phase 1, die



bis gestern galt. Und nun kommt es in der Eventualphase 2, die nun eben leider eintrifft, noch zu Verschärfungen. Es ist so, dass der Stadtschreiber, die Amtsvorstehenden und der Leiter der zentralen Dienste angehalten sind, sämtliche in ihrer Verantwortung stehende Konten proaktiv auf die Unumgänglichkeit zu prüfen und die nötigen Handlungen, sollten Dinge umgänglich oder noch nicht notwendig sein, unmittelbar zu initiieren. Das heisst, dass sie alle Verträge prüfen und kündigen, die nicht zwingend für die städtischen Grundaufgaben notwendig und oder durch übergeordnete gesetzliche Vorgaben zu vollziehen sind. Abonnements und andere derartige Verträge werden, wenn kurzfristig möglich, gekündigt. Des Weiteren muss der Gemeinderat auch über Wiederbesetzungen vakanter Stellen separat entscheiden und auch deren Unumgänglichkeit begründen, selbst wenn sie im Stellenplan eigentlich bereits zugesichert sind.

Bei sämtlichen noch nicht angefangenen Investitionsprojekten inklusive Planung und Projektierung dürfen vor Klärung des Sachverhaltes, ob es unumgänglich ist oder nicht, keine Verpflichtungen eingegangen werden. Bereits gestartete Vorarbeiten zu neuen Investitionsprojekten sind umgehend zu stoppen, bis auch hier der Beschluss des Gemeinderates vorliegt, ausser eben das Projekt gerät durch den Aufschub in wachsenden Schaden. Darunter fällt explizit das Projekt ESP Bahnhof, das weitergeführt wird. Sämtliche Ausgaben, die als Folge einer Auftragsvergabe oder eines Einkaufs entstehen könnten, sind vom Gemeinderat vorgängig anhand der vordefinierten Liste zu beschliessen.

Ich komme zum Fazit: Der Zustand erschwert und belastet die Verwaltungstätigkeiten und die Projektierungen massiv. Wir sind daher angehalten, rasch möglich und auch anhand der einleitenden Worte des Stadtratspräsidenten die Stadt in einen Normalzustand inklusive Budget zurückzuführen. Dies wird angesichts der gesetzlichen Rahmenbedingungen wie folgt möglich: Wir planen die neue Gemeindeabstimmung regulär am 18. Juni 2023 durchzuführen. Der Gemeinderat bedankt sich bei Ihnen jetzt schon für Ihr konstruktives Mitwirken. Das wäre die Mitteilung zum Budget und wie wir ohne dieses Budget vorgehen.

Die zweite Mitteilung des Gemeinderates betrifft die Verkehrslösung Langenthal betreffend dieser Vorlose, auf die ich Sie zuvor bei der parlamentarischen Fragestunde auf etwas später vertröstete. Der Gemeinderat genehmigte am 15. Juni 2022 den Grundlagenbericht und die Konzeptpläne zum Temporegime und zur Gesamtbeurteilung des Zentrums als verbindliche Vorgaben für die weitere städtische Planung. Er entschied dann an seiner Sitzung vom 17. August 2022, dass sämtliche Unterlagen, das heisst eben sowohl diese Berichte, als auch die Konzeptpläne für einen breit abgestützten politischen Diskurs und Konsens und zum Abholen der Meinung des Stadtrates diesem zur Genehmigung vorzulegen, sodass er dies entsprechend traktandieren liess. Per Schreiben der GPK vom 20. Oktober 2022 wurde der Gemeinderat darüber unterrichtet, dass die Kommission entschied, das Geschäft mangels Zuständigkeit von der Traktandenliste des Stadtrates zu nehmen und es direkt an den Gemeinderat zurückwies. Die Steuergruppe «Verkehrslösung Langenthal» und der Gemeinderat diskutierten und erwogen mehrere Varianten, was nun zu tun ist. Da aber keines der möglichen, weiteren Vorgehen eine erwünschte oder notwendige Erhöhung der politischen Verbindlichkeit für die Pläne ergeben hätte, entschied der Gemeinderat, die Konzeptpläne und Grundlagenberichte ohne weitere Einbezüge zu veröffentlichen. Dies wird in den nächsten Tagen geschehen. Der Gemeinderat verzichtet daher auf eine weitere Vorlage und Diskussion seines Entscheids im Rahmen einer Stadtratssitzung. Merci für die Kenntnisnahme.

Beim nächsten Thema beginnt Herr Wüthrich und ich präsentiere Ihnen dann im Anschluss noch ein paar Bilder.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Am 10. November 2022 publizierte die bz im Regionalteil einen Artikel mit der Überschrift: «Die Zentralisierung kommt häppchenweise, respektive mit dem Untertitel: «Langenthaler Kindergärten: Der Entscheid um die Zukunft der Langenthaler Kindergärten wird aufgeschoben. Die Devise lautet: «Salamitaktik statt Monsterprojekt». Dieser Artikel führte zu einigen Kommentaren und Leserbriefen. Als Reaktion auf diesen Artikel wünschte Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi im Mail vom 23. November 2022 an den Stadtschreiber eine Information des zuständigen Mitglieds des Gemeinderates an der nächsten Stadtratssitzung unter dem Traktandum «Mitteilungen des Gemeinderates». Es war ihr ein Anliegen, dass die Mitglieder des Stadtrats aus erster Hand erfahren, um was geht, wo die Probleme liegen und wie das weitere Vorgehen aussieht. Zum Artikel vom 10. November 2022 nahmen sich Gemeinderat Matthias Wüthrich und Nathalie



Scheibli, Schulleiterin der Kindergärten, eineinhalb Stunden Zeit, um dem Journalisten die Situation der geplanten Änderungen der Bauvorhaben darzulegen und zu erklären. Die Situation um die bestehenden Kindergärten, welche in einer ersten Etappe von einem Umzug betroffen sind, wurde in Bezug auf deren zu kleinen Räumlichkeiten, Provisorien und Mietobjekten beschrieben. Ebenfalls flossen pädagogische und organisatorische Argumente ein, insbesondere auch zur Thematik der Schulwege. Der Artikel beginnt mit der Aussage: «Eigentlich hätte sie diesen Herbst schon zur Abstimmung kommen sollen. Stattdessen können die Langenthalerinnen und Langenthaler nun erst im Frühling über die Zentralisierung der Kindergärten abstimmen». Diese Aussage ist nicht richtig, denn es gibt nicht eine Abstimmung über die «Zentralisierung» der Kindergärten, sondern eine über den Neubau von Kindergärten an den Standorten Elzmatte, inklusive Hard, Tagesschule und Kreuzfeld.

Der strategische Entscheid für die Neuorganisation der Kindergärten wurde im Einklang mit der geltenden Zuständigkeitsordnung von der Volksschulkommission und vom Gemeinderat schon 2018/2019 gefällt. Gemäss Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal ist die Volksschulkommission zuständig für die Festlegung der strategischen Ziele der Schulen, Kindergärten und Tagesschulangebote gemäss Art. 20 Abs. 2. Da eine Umsetzung der Strategie weitreichende Auswirkungen wie zum Beispiel bezüglich Bautätigkeiten, Desinvestitionen etc. zur Folge haben wird, ist der Gemeinderat als oberste Vollzugs-, Planungs-, Verwaltungs- und Polizeibehörde der Stadt Langenthal gemäss Stadtverfassung mit Art. 66 Abs. 1 für diese Beschlüsse zuständig. Richtig ist, dass ursprünglich für Herbst 2022 eine Abstimmung vorgesehen war. Unter anderem bedingten die höheren Baukosten zusätzliche Abklärungen, bevor die Projekte auf den Behördenweg gebracht werden konnten. Vorgängig finden die Beratungen in den zuständigen Behörden statt. Zurückschauen: wurde dies doch bereits mehrere Male verschoben.

Titel und Artikel erwecken den Eindruck, die Zentralisierung werde bewusst auf einzelne Projekte aufgeteilt – Stichwort «Salamitaktik», damit das Volk nicht über sie abstimmen kann. Das ist nicht richtig. Bereits 2018 wurde eine Priorisierung erarbeitet, mit welcher durch kurz- und mittelfristige sowie langfristige Massnahmen das angestrebte Ziel einer zentralisierten Organisation der Kindergärten und Tagesschulen bei den Schulzentren erreicht werden kann. Der Stadtrat genehmigte in Kenntnis dieser Strategie im Oktober 2020 die Projektierung der drei zentralisierten Kindergärten Elzmatte, Hard und Kreuzfeld einzeln. Am 29. März 2021 erklärte er zudem sehr deutlich ein Postulat für nicht erheblich, welches eine Alternative zum Ziel hatte. Mit dem Journalisten wurde vereinbart, den Bericht vor der Publikation gegenzulesen, da das Thema sehr komplex ist. Nathalie Scheibli und ich erhielten in der Folge eine Einsicht in die Zitate. Die zitierten Aussagen stimmen so, sind aber zeitlich aus dem Zusammenhang gerissen. Um uns nicht in die journalistische Freiheit einzumischen, intervenierten wir nicht und verzichteten auf ein umfangreicheres Gegenlesen. Merci für die Kenntnisnahme.

Stadtpäsident Reto Müller (SP): Der Gemeinderat beschloss, dass er anschliessend an diese Mitteilung auch noch kurz den Planungsstand der einzelnen Bauprojekte aufzeigt, ohne auf diese im Artikel angesprochenen Zentralisierung weiter einzugehen.

Ich beginne mit dem Vorhaben in der Elzmatte, bei dem Sie hier das Planungsteam aufgeführt sehen, das sich um diesen Bau kümmern wird. Das Vorprojekt der ersten Etappe ist bereits abgeschlossen, wobei das Projekt insgesamt zwei Etappen vorsieht.

stadtlangenthal

SZE_2FACH KINDERGARTEN

PLANUNGSTEAM

Lüscher Egli AG, Dipl. Architekten ETH EH SIA
Langenthal

david & vonarx landschaftsarchitektur gmbh
Solothurn



In der ersten Etappe steht der Aufbau auf dem unteren Teil noch aus. Dabei geht es somit zuerst um einen Zweifach-Kindergarten, den man dann später zu einem Vierfach-Kindergarten aufstocken kann.

Es ist so, dass man das Projekt in Zusammenarbeit mit dem ABiKuS¹ und der Kindergartenleitung aktuell überarbeitet, wobei man die dazugehörigen Betriebsabläufe und Raumanforderungen entsprechend präziserte. Es kam ebenso zu einer Klärung und Präzisierung der Aussenraumgestaltung und man überprüfte auch nochmals die Rahmenbedingungen für den Minergie A ECO Standard und liess dies so auch entsprechend einfließen. Dazu wurde eine erste Kostenschätzung erstellt. Dabei mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass wir bei allen Projekten mit einer Baupreissteigerung von 12% zu rechnen haben. Und das ist effektiv ein Problem.

Was unternahm nun der Gemeinderat zusammen mit der vorberatenden Kommission? Wir begannen die Vorgaben der weiteren Arbeiten finanziell zu beschränken und verlangten auch, entsprechende Einsparungen vorzunehmen. Bei der Elz matt starteten wir mit einer Grobkostenschätzung von 3,44 Mio. Franken mit einer Schwankung von +/- 20%. In Berücksichtigung dieser Baupreisteuerung landeten wir dann mit der neuen Kostenschätzung bei 3,9 Mio. Franken +/- 15%. Nach der Beratung in der Kommission beschloss der Gemeinderat die Vorgabe zur Weiterentwicklung bei 3,52 Mio. Franken zu limitieren. Wie bei allen Projekten, die wir Ihnen noch vorstellen, wird Ende März 2023 das Bauprojekt abgegeben, sodass eine Volksabstimmung im November 2023 möglich wäre; vorausgesetzt, dass wir den Behördengang mit den vorberatenden Kommissionen und Ihnen ordentlich vollziehen können. In diesem Bereich veränderte sich nichts.

Hier erhalten Sie einen Einblick in das Projekt im Kreuzfeld mit dem Hinweis zum Planungsteam, das dort obsiegte. Auch hier konnte das Vorprojekt im Rahmen von Etappe 1 abgeschlossen werden. Etappe 1 beinhaltet dabei einen Dreifach-Kindergarten und eine zweite Etappe würde nachher einen weiteren Einfach-Kindergarten beinhalten, den man angliedern könnte. Wir befinden uns auch hier in gleichem Masse in der Überarbeitung zusammen mit dem ABiKuS und der Kindergartenleitung zur Optimierung der Betriebsabläufe sowie der Aussenraumgestaltung. Auch hier kämpfen wir mit demselben Problem einer 12%igen Preissteigerung bei den Baupreisen. Hier lag uns ursprünglich eine Kostenschätzung von 3,842 Mio. Franken vor. In der aktuellen Kostenschätzung liegen wir bei 4,56 Mio. Franken. Der Gemeinderat definierte dazu neu eine Vorgabe zur weiteren Entwicklung des Bauprojekts von 4,1 Mio. Franken +/- 10%.

¹ ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.





So komme ich noch zum Hard inklusive Tages- schule. Dort konnten wir ebenso die Phase des Vor- projektes abschliessen. Hier ist in der ersten Etappe ein Dreifach-Kindergarten vorgesehen, wonach die Tagesschule auf dem Dach dieses Gebäudes ge- plant ist. Daneben gibt es den Neubau eines bislang fehlenden Schulraums als Etappe 2 mit einer Aula, Förderung und Arbeitsplätze der Lehrpersonen. Etappe 4 würde die Sanierung des bestehenden Schulhauses umfassen und Etappe 4 sieht den Bau eines weiteren Dreifach-Kindergartens, hier an die- ser Stelle, vor. Zuletzt beinhaltet Etappe 5 den Bau einer Dreifach-Turnhalle, was Sie als Bau hier erkennen können. Bis dies dann umgesetzt wird, sind dann vielleicht nicht mehr dieselben Leute hier im Rat. Auch hierzu fanden dieselben Vorarbeiten in der Erarbeitung eines Vorprojekts statt und auch hier zeigen sich dieselben Probleme. Wir gingen in Etappe 1 für den Dreifach-Kindergarten plus Tagesschule oben drauf von einer Kosten- schätzung von 5,7 Mio. Franken aus. Neu beläuft sich die Kostenschätzung auf 6 Mio. Franken +/- 15%. Da sind wir demnach nahe am Betrag, von dem wir ursprünglich ausgingen. Die Vorgabe für die weitere Bearbei- tung wurde hier vom Gemeinderat unter Berücksichtigung der vorberatenden Kommissionen auf 6 Mio. Franken definiert.

All diesen Projekten hinterlegten wir denselben Ter- minplan. Dabei möchte ich Sie allerdings bitten, solche Terminpläne immer auch ein bisschen mit Vorsicht zu geniessen. Dabei planen wir im Moment mit folgenden Kaskaden: Wir erwarten nun, dass uns die Planungsteams diese Bauprojekte bis Ende März 2023 abgeben, sodass wir sie entspre- chend begutachten und anschauen, wie wir sie in die Umsetzung bringen können. Damit würde der gesamte Vorlauf mit dem Behördengang gestartet, was rund sechs Monate in Anspruch nimmt, bis man dann letztlich die Volksabstimmungen durchführen kann. Sie wissen allerdings auch, was dies alles bedingt und bewirkt, damit man am 26. November 2023 über all diese Kindergarten- und Tagesschulprojekte abstimmen könnte. Daraufhin könnte im Sommer 2024 mit dem Bau begonnen und im Sommer 2025 der Schulbetrieb aufgenommen werden. Gut, ich danke für Ihre Aufmerk- samkeit. Das waren soweit unsere Mitteilungen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Ich danke dem Gemeinderat und dem Stadtpräsidenten Reto Müller für diese Mitteilungen. Das sind doch ganz schöne Perspektiven für die zukünftigen Kindergärtnerinnen und Kinder, die diese Kindergärten besuchen dürfen, sodass sie sich sicherlich bereits darauf freuen können. Merci vielmals.



stadtlangenthal

SZH_3FACH KINDERGARTEN MIT TAGESSCHULE

PLANUNGSTEAM
SIEGRIST THEUBET, ARCHITECTES Sàrl
Biel
Kesküla Erard Architecture du paysage
Biel



stadtlangenthal

TERMINE

	2023												2024											
	Jan	Feb	März	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Ok	Nov	Dez	Jan	Feb	März	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug				
Beschluss VSt KV													VA ZH TI	Ausführungsplanung, Ausschreibung, Ausführung									Baubeginn	
Beschluss VSt KV													VA ZH TI	Ausführungsplanung, Ausschreibung, Ausführung									Baubeginn	
Beschluss VSt KV													VA ZH TI	Ausführungsplanung, Ausschreibung, Ausführung									Baubeginn	

Volksabstimmung Ausführungskredit: November 2023
Baubeginn: Sommer 2024
Bezug: Sommer 2025



7A. Eingereichte Motion Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP) vom 23. Januar 2023: Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen

Motionstext:

«Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen»

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, zuhanden des Stadtrates und der Stimmberechtigten eine Revision der Stadtverfassung mit einer Senkung der Anzahl Unterschriften für Initiativen und Referenden bzw. Volksvorschläge sowie mit einer Anpassung der Sammelfrist für Referenden und Volksvorschläge vorzulegen.

Die Stadtverfassung ist demnach wie folgt anzupassen:

- **Initiative (Anpassung von Art. 20 und von Art. 24 der Stadtverfassung):** Es sind mindestens 500 Unterschriften von in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigten innert einer Sammelfrist von sechs Monaten erforderlich, damit eine Initiative zustande kommt.
- **Fakultatives Referendum und Volksvorschlag (Anpassung von Art. 29 und 29a der Stadtverfassung):** Es sind mindestens 250 Unterschriften von in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigten innert einer Sammelfrist von 40 Tagen erforderlich, damit ein fakultatives Referendum oder ein Volksvorschlag zustande kommt.

Begründung: In Langenthal wohnen rund 10'300 Stimmberechtigte. Mit aktuell 900 Unterschriften (knapp 9% der Stimmberechtigten) für Initiativen und 400 Unterschriften (knapp 4% der Stimmberechtigten) für fakultative Referenden bestehen grosse Unterschriftshürden für die Nutzung der Volksrechte. In der Vergangenheit kamen deshalb Initiativen nicht zustande oder wurden Volksrechte gar nicht erst ergriffen. Die Hürden können zu einer Lähmung der demokratischen Teilhabe führen. Thun, Bern und verschiedene andere grössere Gemeinden im Kanton Bern haben im Vergleich mit Langenthal verhältnismässig tiefere Unterschriftshürden für Initiativen und Referenden und/oder längere Sammelfristen (Stand September 2022):

- Stadt Bern: 88'928 Stimmberechtigte, 5'000 Unterschriften in sechs Monaten für eine Initiative (ca. 5,6%), 1'500 Unterschriften innert 60 Tagen für ein Referendum / einen Volksvorschlag (ca. 1,6%).
- Stadt Thun: 32'407 Stimmberechtigte, 1'600 Unterschriften in 12 Monaten für eine Initiative (ca. 4,9%), 800 Unterschriften innert 30 Tagen für ein Referendum / einen Volksvorschlag (ca. 2,5%).
- Stadt Burgdorf: 11'670 Stimmberechtigte, Unterschriften in Höhe von 10% der Stimmberechtigten in 12 Monaten für eine Initiative, 300 Unterschriften innert 60 Tagen für ein Referendum (ca. 2,5%).
- Gemeinde Ostermundigen: 10'336 Stimmberechtigte, 400 Unterschriften in sechs Monaten für eine Initiative (ca. 3,9%), 300 Unterschriften innert 60 Tagen für ein Referendum / einen Volksvorschlag (ca. 2,9%).
- Gemeinde Steffisburg: 12'167 Stimmberechtigte, Unterschriften in Höhe von 5% der Stimmberechtigten in sechs Monaten für eine Initiative, Unterschriften in Höhe von 2,5% der Stimmberechtigten innert 30 Tagen für ein Referendum.

Im Interesse einer partizipationsfreundlichen Politik, welche direkte Demokratie auch effektiv ermöglichen soll, sollten die bestehenden Unterschriftenzahlen gesenkt werden. Die Volksrechte würden damit attraktiver und die Gemeindepolitik zugänglicher. Politische Frustrationen bei der Bevölkerung könnten eher verhindert werden. Mit Blick auf andere Gemeinden ist zudem nicht davon auszugehen, dass bei einer Senkung der Unterschriftshürden plötzlich übermässig oft Initiativen und Referenden ergriffen würden. Im Fall des Referendums sollte zudem die Sammelfrist moderat verlängert werden, da 30 Tage zur Vorbereitung und Durchführung eines Referendums in Langenthal allzu kurz sind, insbesondere wenn die Zeit in die Ferien oder Feiertage fällt, wo ein Sammeln erfahrungsgemäss erschwert ist.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

Die Motionäre machen einen konkreten, aus ihrer Sicht angemessenen Vorschlag für reduzierte Unterschriftenzahlen und die Sammelfrist beim Referendum/Volksvorschlag, entsprechend den Regelungen der genannten anderen Gemeinden. Die politische Diskussion um die «richtige» Ausgestaltung der reduzierten Höhe an Unterschriftenzahlen und der Sammelfrist wird aber im Rahmen der Umsetzung der Motion erst vertieft zu führen sein. Die Motionäre signalisieren deshalb ausdrücklich Kompromissbereitschaft für andere, ebenfalls angemessene Lösungen für eine gegenüber heute reduzierten Anzahl an Unterschriften für Initiativen, Referenden und Volksvorschläge und für eine Verlängerung der Sammelfrist wo nötig."

Georg Cap

(Erstunterzeichnender)



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung vom Montag, 23. Januar 2023

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Im Weiteren wurde noch ein schriftliches Begehren eingereicht, das wir hier zur Information einfach kurz verlesen:

«Gemäss Art. 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates verlangen wir die Durchführung der vorgesehenen Stadtratssitzung vom 6. März 2023 für den Fall, dass das Budget 2023 auf dieses Datum hin beratungs- und beschlussreif ist. Je nach Zeitplan ist allenfalls auch eine Sitzung am 13. oder 20. März 2023 denkbar. Es soll auf jeden Fall vermieden werden, dass, bedingt durch den Sitzungsrhythmus des Stadtrates, eine Verzögerung bei der erneuten Behandlung des Budgets entsteht. Bei Bedarf können wir uns zudem eine Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen weniger als 20 Tage vor der Sitzung vorstellen, gemäss Art. 3, Abs. 3 GO SR. Im Minimum sollte die Frist jedoch für eine seriöse Vorbereitung zehn Tage betragen.»

Dies wurde heute vor der Sitzung von 10 Mitunterzeichnenden eingereicht. Besten Dank für die Kenntnisnahme.



In eigener Sache

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Die nächste Stadtratssitzung von Montag, 6. März 2023 findet wie angekündigt voraussichtlich nicht statt, da keine Geschäfte oder nur ein Geschäft beratungsreif sind. Und da glaube ich, dass dies keinen Sinn macht. Die nächste Stadtratssitzung wird somit am 3. April 2023 stattfinden. Genauere Angaben werden noch folgen. Diese Daten gelten vorbehaltlich des eingereichten und soeben vorgetragenen Begehrens. Ich danke ganz herzlich für Ihre Mitwirkung.

Jetzt zum Schluss möchte ich noch wie angekündigt das kleine Projekt erklären, das wir zusammen erarbeiten dürfen. Für die einen ist es vielleicht ein kleines und für die anderen ein grosses Projekt. Dabei geht es um meine Idee, dass ich Ihnen ein in Zeitungspapier eingewickelter Pflänzchen abgab. Wenn wir nachher zum Apéro übergehen – bei dem Sie übrigens mit ruhigem Gewissen zugreifen dürfen, da dies die Stadt nichts kostet, sondern von mir übernommen wird und ich die Stadt somit entlaste, finden Sie unten vier SBB-Paletten mit Rahmen aufgestellt, die ich am Nachmittag mit Erde auffüllte. Nun ist es die Idee, dass Sie Ihre Pflänzchen dort in die Erde ungefähr in einer Reihe einpflanzen und dabei pro Palette 15 Pflanzen Platz haben. Sie können davon ausgehen, dass es in etwa eine Handbreite Abstand von Pflanze zu Pflanze benötigt. Jene, die Sie etwas aussen zum Rand hin platzieren, dürfen auch noch mehr an den Rand gepflanzt werden, weil sie dann ja über den Rand hinauswachsen können und somit den in der Mitte platzierten Pflanzen etwas mehr Platz einräumen. Dabei können wir den Pflanzabstand gemäss Beschreibung auf der Etikette nicht ganz einhalten, kommen die Pflanzen doch etwas näher zueinander zu liegen. Doch dafür wirkt es dann auch ein bisschen besser. Ich werde dann eines der Paletten hier draussen vor der Alten Mühle platzieren und die anderen drei Paletten werden mit dem Kran da hingebacht, wo bereits das Jahr über leere Paletten standen, was mich störte. Ich klärte das alles ab und man ist sehr froh, dass dadurch der Wuhrplatz etwas begrünt wird. Die Paletten werden dann auch entsprechend beschriftet, wonach sie vom Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und vom Gemeinderat zusammen mit dem Stadtrat angepflanzt wurden. Und jedes Mal, wenn Sie an ihnen vorbeigehen, können Sie sehen, ob der Stadtrat und der Gemeinderat etwas zusammen realisieren können, das wächst. Dies ist meine Idee dahinter und ich hoffe, dass es gut kommt und die Pflanzen bis im August nicht gänzlich vertrocknen.

(Applaus)

Zum Ablauf beim Pflanzen ist noch zu sagen, dass Sie die Pflänzchen bitte nicht zu tief in die Erde pflanzen, da der Wurzelballen noch drei Finger breit oben rausschauen sollte. Am Schluss, wenn alles angepflanzt ist, wird die Erde dann nach Verteilung der Paletten auch noch mit einem mineralischen Granulat ergänzt, damit dann alles schön gedeckt ist. Deshalb ist es wichtig, dass die Ballen noch oben etwas rausschauen. Daneben erhielten Sie noch Samen für Wildblumen, die vor allem Schmetterlingen und Bienen dienen und Sie mit nach Hause nehmen dürfen. Sie dürfen es gerne zu Hause oder auch in der Stadt auf einer sich bietenden Fläche, die jetzt noch brachliegt, aussäen. Da wir ja über kein Budget verfügen, dürfen Sie diese gerne im Zeitraum ab März selber aussäen und bepflanzen, damit das dort gratis wächst und wir dann doch noch ein paar Pflanzen in Langenthal haben. Vielleicht streuen Sie sie zu Hause auch in einem Topf aus, denn es braucht schon eine brache Fläche, weil sie ansonsten nicht keimen können. Ich bin dann gespannt, ob etwas wächst. Gut, somit ist die Sitzung geschlossen und ich freue mich auf die sogleich folgende Pflanzaktion und den Gedankenaustausch mit einem gemütlichen Apéro im Parterre. Danke.

(Applaus)